

Thomas Demmelhuber | Axel T. Paul
Maurus Reinkowski [Hrsg.]

Arabellion

Vom Aufbruch zum Zerfall
einer Region?



LEVIATHAN

BERLINER ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALWISSENSCHAFT



SONDERBAND 31 | 2017



Nomos

Arabellion

Vom Aufbruch zum Zerfall einer Region? Revolutionstheoretische Überlegungen

Im Zuge des jährlichen Herausgebertreffens dieser Zeitschrift – wohlgermerkt nicht dieses Heftes; nur der Autor dieser Zeilen gehört beiden Kreisen an – Ende Januar 2011 wurde auch über die damaligen Ereignisse in Tunesien und Ägypten geredet. Der tunesische Präsident Bin'Ali (Ben Ali) war bereits geflohen, die Abdankung Mubaraks hatte noch nicht stattgefunden, ein Sturz auch des ägyptischen Präsidenten erschien angesichts der Bilder des von Massen besetzten Tahrir-Platzes in Kairo allerdings nicht mehr unmöglich, wenn nicht wahrscheinlich. Wie es weitergehen würde, ob die Proteste, wie dann tatsächlich geschehen, auf weitere Länder des Nahen und Mittleren Ostens übergreifen würden, ob das Militär einschreiten oder ob es in Tunesien, Ägypten und anderswo zu einem Sieg der Aufständischen kommen würde, wusste naturgemäß niemand. Aber auch bei der Spekulation darüber dominierte eher Ratlosigkeit. Es fehlte nicht nur an spezifisch regionaler Expertise, sondern – ähnlich wie heute, da ich diese Zeilen im Dezember 2016 wenige Wochen nach der Wahl Donald Trumps zum neuen US-Präsidenten schreibe – auch und vor allem an politischer Phantasie, sich die weitere Entwicklung auszumalen. Zu fortgeschrittener Stunde stießen wir zwar an auf die »arabische Revolution«, aber auf was genau wir da anstießen, ob es sich überhaupt um eine Revolution handelte und ob, falls ja, diese Revolution unseren gleichermaßen unklaren wie fraglos westlich imprägnierten Vorstellungen von politischer Freiheit und Selbstbestimmung entsprechen würde, blieb offen.

In den folgenden Wochen und Monaten erfasste die Arabellion zwar immer weitere Länder der mittelöstlich-nordafrikanischen (MENA-)Region, bald jedoch zogen dunkle Wolken auf, angesichts der von Beginn an brutalen Niederschlagung zunächst eher verhaltener Proteste in Syrien und angesichts der Kämpfe in Libyen, die auch nach dem durch eine UN-gedeckte NATO-Intervention auf Seiten der Aufständischen forcierten Sturz von al-Qadhdhafi (Gaddafi) andauerten. Es machte sich Skepsis breit, ob auf den Arabischen Frühling tatsächlich ein Arabischer Sommer folgen und das hieß konkret eine Überwindung des für die Staaten der MENA-Region typischen Autoritarismus möglich sein würde. Inzwischen sind fünf Jahre vergangen, und wir wissen, dass die Arabellion, wenn überhaupt, dann nur in Tunesien erfolgreich gewesen ist.¹ Weder konnte das alte Regime sich behaupten, noch kaperte wie in Ägypten das Militär den Aufstand. Geführt wird

1 Die Literatur ist mittlerweile unüberschaubar geworden. Hingewiesen sei an dieser Stelle nur auf die Literaturberichte von Weipert-Fenner (2014) und Grimm (2015), das von Sadiki (2015) herausgegebene Handbuch sowie die deutschsprachigen Sammelbände von Schneiders (2013), Jünemann/Zorob (2013) und Tamer et al. (2014).

das Land heute von einer gewählten Koalition aus liberal-säkularen und moderat-islamistischen Kräften. Die ökonomische Misere, welche die Proteste in Tunesien wie überall sonst befeuerte, dauert freilich an. Libyen, Syrien und der Jemen versinken in Bürgerkriegen. Anders als in Syrien konnte der sich auf den Straßen artikulierende Unmut in Bahrain mit militärischer Hilfe Saudi-Arabiens im Keim erstickt werden.² Saudi-Arabien selbst und die übrigen Golf-Monarchien verstanden es, der Ansteckung zu entgehen; ob dafür die großzügige(re) Alimentierung der Bevölkerung oder, wie Thomas Demmelhuber und Tobias Zumbrägel in diesem Band argumentieren, die besondere Legitimität der Golf-Monarchien ursächlich war, ist in der Forschung umstritten.³ In Jordanien und Marokko reagierten die Monarchen mit schnellen, wenn auch in der Sache halbherzigen Zugeständnissen auf die Proteste und brachten sie damit bislang zumindest zum Erliegen. Dieser Überblick ist selbstredend unvollständig. Noch andere Staaten wurden vom Arabischen Frühling erfasst und sind bis heute mit seinen Folgen beschäftigt. Nicht unerwähnt bleiben sollte allerdings, dass die Türkei, die zu Beginn der Arabellion einer Reihe von Beobachtern und Aktivisten als Beispiel dafür galt, dass ein islamisches Land eine liberale Demokratie sein könne, mittlerweile, und zwar, wie Kerem Öktem in seinem Beitrag zeigt, sehr wohl auch in Reaktion auf die aktuellen Umbrüche in der arabischen Welt, zusehends zu einem autoritären Staat wird. Auch wenn der Begriff des Arabischen Frühlings als Bezeichnung für den Aufbruch des Jahres 2011 Bestand haben dürfte, dominiert heute in der Gesamtbewertung des Geschehens darum, wenn nicht der Begriff, so doch das Bild eines Arabischen Winters.

Dass wir, die Herausgeber dieses Bandes, uns zur Betitelung desselben für den Terminus Arabellion entschieden haben, hat seinen Grund eben darin, dass er die Bewertung offen lässt. Mehr noch, der Begriff der Arabischen Rebellion bezeichnet das Geschehen präziser. Denn bei Rebellionen handelt es sich um eine massenhafte, sehr häufig gewaltsame, auf jeden Fall extralegale Erhebung gegen die herrschende(n) Elite(n).⁴ Der Begriff der Rebellion lässt mithin offen, ob es tatsächlich zu einem Sturz der Eliten, einem Elitenwechsel, kommt oder ob die alte Herrschaft sich behaupten kann. Der Begriff Rebellion ist zudem sehr viel vorsichtiger oder, wie man vielleicht auch sagen könnte, empirisch weniger anspruchsvoll als der gelegentlich, vor allem in der Anfangsphase der Aufstände, ebenfalls gebrauchte Begriff der Revolution.⁵

Gleichwohl scheint *mir*, dass die oder wenigstens eine Variante der Revolutionstheorie durchaus etwas zum Verständnis der Arabellion beitragen kann, indem sie ein konzeptionelles Raster zur Verfügung stellt, das, auch wenn das Geschehen sich den theoretischen Kategorien nicht ohne weiteres fügt, vielleicht ein wenig

2 Formal handelte Saudi-Arabien im Auftrag des Golfkooperationsrats. Faktisch jedoch legitimierte dessen Beschluss lediglich das saudische Vorgehen.

3 Vgl. Yom/Gause 2012.

4 Zimmermann 2012, S. 867 f.

5 Bspw. von Goldstone 2011.

klarer zu erfassen erlaubt, was in der Arabellion auf dem Spiel stand und steht. Das zumindest möchte ich, der ich als einziger der in diesem Band versammelten Autoren kein Experte für den arabischen Raum bin und mich in den letzten zwei Jahren durch mehr oder minder intensive Lektüren, verschiedenste Diskussionen, Lehrveranstaltungen und nicht zuletzt die Arbeit an eben diesem Band allererst über das Normalmaß eines zeitunglesenden Sozialwissenschaftlers hinaus mit der Materie vertraut gemacht habe, in dieser Einleitung zu zeigen versuchen.⁶

Eine Revolution ist – jedenfalls soll unter Revolution in Anschluss an David Beetham und Ingmar Ingold hier genau dies verstanden werden – der erfolgreiche, in der Regel gewaltsame, von Volksmassen und dissidenten (Gegen-)Eliten getragene Umsturz einer Herrschaftsordnung.⁷ In Revolutionen wird nicht nur das Herrschaftspersonal ausgetauscht, sondern das politische oder genauer gesagt das staatliche System neu organisiert und begründet. Revolutionen zielen auf die Substitution einer illegitimen oder als illegitim erachteten politischen Ordnung durch eine fürderhin legitime politische Ordnung. Revolutionen sind mithin genuin politische, auf eine grundlegende Änderung des Verhältnisses zwischen Herrschern und Beherrschten zielende Ereignisse. Das schließt nicht aus, dass politische Revolutionen von »sozialen Revolutionen«, also von grundlegenden Veränderungen der Sozialstruktur, etwa der Eigentums- oder Klassenverhältnisse, begleitet werden, aber weder muss eine politische Revolution von einer sozialen Revolution begleitet werden, um als solche zu zählen – die Amerikanische Revolution wäre dafür ein Beispiel –, noch erfordern soziale Revolutionen notwendigerweise eine politische Revolution – zu nennen wären hier beispielsweise die preußischen Landreformen zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Insofern eine revolutionäre Herausforderung der Herrschaftsordnung ein Bewusstsein von deren Gestaltbarkeit voraussetzt, sind alle Revolutionen in dem Sinne demokratisch oder besser volksouverän, dass die oder wenigstens ein Teil der Herrschaftsunterworfenen über die Einrichtung und Verfassung der neuen Herrschaftsordnung mitbestimmen wollen – was indes nicht ausschließt, dass diese von den Revolutionären unter Berufung auf transzendente Autoritäten wie zum Beispiel Gott gerechtfertigt wird. In diesem Fall wäre es »das Volk«, das gegen eine bestehende, wie auch immer gerechtfertigte Ordnung aufsteht, um die neue, revolutionäre Ordnung etwa auf Gottes Willen zu gründen. Die populäre Machtergreifung fände statt, um sich einer höheren Instanz zu unterstellen. So paradox, so un- oder antidemokratisch (uns) ein solches Agieren auch erscheint, den »Makel«, Gottes Willen nur mit Hilfe des Volkes zur Geltung zu helfen oder verholfen zu haben, wird es nicht los. Die iranische Revolution und die iranische Verfassung sind wahrscheinlich das

6 Ich danke Malte Flachmeyer, Thomas Demmelhuber, Ingmar Ingold, Maurus Reinkowski und Samuel Strehle für ihre kritischen Kommentare und hilfreichen Hinweise.

7 Siehe Beetham 2013, S. 213-216; Ingold 2016, S. 123-127. Dass ich an eben diese Revolutionstheorie anschließe, hat seinen Grund nicht allein darin, dass ich sie für kohärent und triftig halte, sondern an der Ausarbeitung ihrer Legitimitätstheoretischen Grundlagen beteiligt war. Vgl. Ingold/Paul 2014.

beste Beispiel für die demokratische »Kontamination« einer theokratischen Ordnung.⁸ Halten wir fest: Rebellionen zielen auf einen Wechsel der politischen Personalität. Revolutionen zielen demgegenüber auf eine andere, alternativ im weiteren Sinne demokratisch legitimierte politische Ordnung. Ob sie glücken, ist eine andere Frage.

Darüber hinaus ist es, wenn nicht notwendig, so doch empirisch zweckmäßig, zwischen verschiedenen Dimensionen von Legitimität zu differenzieren.⁹ In der Politikwissenschaft weitverbreitet ist die Unterscheidung von Input- und Output-Legitimität.¹⁰ Herausgestellt werden soll mit dieser Unterscheidung, dass eine demokratische Ordnung nicht allein davon »lebt«, dass die Bevölkerung an Prozessen der politischen Entscheidungsfindung beteiligt wird – *government by the people* –, sondern dass die Stabilität einer politischen Ordnung auch davon abhängt, ob die »Entscheidung empfänger« mit den Leistungen des politischen Systems zufrieden sind – *government for the people*. Allerdings wird im Zuge des Gebrauchs dieser Kategorien häufig übersehen, dass die Unterscheidung sich auf zumindest ihrem Anspruch nach demokratische Ordnungen bezieht, Output-Legitimität, so wichtig sie auch sein mag, Input-Legitimität also nur ergänzen kann. Politische Systeme, welche den für mündig erachteten Teil der Bevölkerung nicht an der Entscheidungsfindung beteiligen, sind mithin per se demokratisch illegitim. Doch damit nicht genug. Nicht wenige Beobachter selbst demokratisch illegitimer Systeme gehen davon aus oder erwecken aufgrund eines nachlässigen Gebrauchs theoretischer Konzepte immerhin den Anschein, als wäre ein durch Leistungen stabilisiertes ein auch schon »im Vollsinn« legitimes, in den Augen der Herrschaftsunterworfenen gerechtfertigtes, System.¹¹ Dabei werden jedoch kategoriale Differenzen verwischt. Denn eine Ordnung, die satt macht und Sicherheit stiftet, ist deswegen noch keine gute oder gerechte Ordnung. Dass materielle und konkrete Ordnungsleistungen ein politisches System festigen, ist überhaupt nicht in Abrede zu stellen, nur darf man bezweifeln, dass politische Systeme schon oder auch nur aufgrund ihrer Leistungsfähigkeit prinzipiell, im Lichte einer bestimmten Norm, anerkannt würden. Output-Legitimität mag eine fehlende oder mangelhafte Input-Legitimität verdecken und für längere Zeiträume sogar kompensieren, ersetzen jedoch kann sie sie nicht. Herrschaftsordnungen können und müssen sich immer auch im Namen einer bestimmten Idee rechtfertigen, schon um alternative Vorstellungen abzuwehren. Auf der anderen Seite jedoch ist die Engführung von Input- und demokratischer Legitimität dahingehend zu relativieren, dass es durchaus andere Legitimitätsideen als das demokratische oder volkssouveräne Prinzip von gerechter Herrschaft gibt: vor allem die transzendente Rechtfertigung der Herrschaft »von oben«, vielleicht aber auch, »von hinten«, die Rechtfertigung von Herrschaft kraft Tradition. Sinnvoller als die in Hinblick auf Herrschaftsfor-

8 Ingold 2016, S. 561-574.

9 Beetham 2013, S. 15-25; Ingold 2016, S. 91-123.

10 Scharpf 1999, S. 7-13.

11 Bspw. Zhao 2009.

men überhaupt, also auch undemokratische Regime, schiefe Unterscheidung von Input- und Output-Legitimität ist darum die allgemeine, regimeunspezifische Unterscheidung von ideeller oder normativer Legitimität einerseits und performativer, leistungsorientierter Legitimität andererseits.¹² Die eine kann ohne die andere gegeben sein, die Schwäche der einen kann durch die Stärke der anderen unter Umständen relativiert werden. Nicht »bloß faktische« Stabilität, sondern Resilienz, eine gesteigerte Widerstandsfähigkeit angesichts innerer oder auch äußerer Krisen, zum Beispiel einer militärischen Bedrohung durch andere Mächte oder massiver wirtschaftlicher Probleme, dürfte hingegen gerade solchen Herrschaftsordnungen zukommen, deren prinzipielle Berechtigung von den Herrschaftsunterworfenen, einschließlich der Gegeneliten, anerkannt wird.

Diese Überlegung lässt sich noch präzisieren. Wenn es Revolutionen ausmacht, dass in ihnen um die Substitution einer alten, »verbrauchten« durch eine neue, wenn nicht demokratische, so doch nur durch einen singulären Akt der Selbstermächtigung »des Volkes« eingesetzte Legitimitätsidee gerungen wird, dann fungieren Krisen oder Legitimitätsprobleme in der performativen, leistungsorientierten Dimension, wenn überhaupt, nur als revolutionäres Vorspiel. Als solche nämlich sind Leistungsprobleme eines politischen Systems nicht auch schon »Verfassungs«-Probleme.¹³ Jene lassen sich unter Umständen, empirisch sogar im Regelfall, durch administrative und rechtliche Maßnahmen, Personalwechsel und vielleicht zwar weitreichende, aber eben doch verfassungskonforme Entscheidungen bewältigen. Verfassungsprobleme hingegen betreffen die Prinzipien, durch die Herrschaft überhaupt gerechtfertigt wird. Aufstände oder Rebellionen richten sich mithin gegen ein konkretes Versagen des Herrschaftspersonals, Revolutionen hingegen gegen die *raison d'être* des Systems selbst. Es ist nicht zwingend, wohl aber wahrscheinlich und tatsächlich regelmäßig zu beobachten, dass Rebellionen zu Revolutionen werden, wenn die performative Schwäche eines Systems nicht bloß dem Missmanagement der Herrschaftselite, sondern der Verfassung des Herrschaftssystems zugerechnet, wenn der Grund für das Versagen des Regimes auf die »falschen« Prinzipien zurückgeführt wird, auf welche das politische System, seine Repräsentanten, Führer und Profiteure sich berufen.¹⁴ Der Umschlag von Forderungen etwa und empirisch zumeist nach besseren materiellen Lebensbedingungen, nach mehr Sicherheit (oft vor den Sicherheitsbehörden selbst) und Regeltreue der Herrschenden, unter Umständen auch nach Meinungsfreiheit, privater oder lebensweltlicher Selbstbestimmung und politischer Mitsprache in Forderungen nach einer Neugründung und Neuordnung der politischen Ordnung mar-

12 Ich halte mich im Folgenden nicht exakt an die von mir selbst und Ingold vorgeschlagene Differenzierung der Dimensionen, ohne jedoch gegen ihren Geist zu verstoßen. Eine Begründung für die hier unter der Hand vorgenommenen, marginalen Verschiebungen muss und kann an anderer Stelle nachgeliefert werden.

13 Eigentlich wäre nicht von »Verfassungs«-, sondern von »Verfasstheits«-Problemen zu sprechen. Aus sprachästhetischen Gründen jedoch gebrauche ich hier und im Folgenden den weniger präzisen Begriff Verfassung.

14 Ingold 2016, S. 574-590.

kiert den Umschlag einer Rebellion in eine Revolution oder wenigstens die Zuspitzung des Aufstands zur revolutionären Situation, über deren Ausgang damit freilich noch nicht entschieden ist.

Voraussetzung eines solchen Umschlags ist, dass die Regimekritik, die sich zunächst durchaus nur erst gegen dessen mangelnde *performance* richten mag, »die Massen ergreift«.¹⁵ Damit ist nicht allein gemeint, dass die Aufständischen personell stark genug sein müssen, um das Regime herauszufordern, sondern dass weit hin sichtbar, dass allgemein bekannt, im starken Sinne öffentlich wird, dass weite Teile der Bevölkerung, Massen eben, dem Regime die Unterstützung entziehen. Ein »unsichtbarer Aufstand« (so der Titel eines Spielfilms von Costa-Gavras über das autoritär regierte Uruguay aus dem Jahre 1971) ist ein zum Scheitern verurteilter Aufstand, weil das eben nur im Geheimen attackierte Regime sich als weiterhin fest im Sattel sitzend inszenieren kann. Kritik, die nur im Privaten oder hinter vorgehaltener Hand geäußert wird, greift ein Regime noch nicht wirklich an, weil die Unzufriedenen sich weder der Allgemeinheit noch des »praktischen Gewichts«, nicht nur der Triftigkeit ihrer Kritik, sondern vor allem der Bereitschaft anderer, dieser Kritik Taten folgen zu lassen, sicher sein können. Ein Regime, demgegenüber das Gros der Bevölkerung trotz aller Leiden schweigt – und sei es aus bloßer Angst –, täuscht sich möglicherweise nicht nur selber darüber hinweg, dass es keine oder eine nur noch schwache »positive« Legitimität besitzt, sondern erscheint darüber hinaus in den Augen der vielleicht zwar zahlenstarken, aber privat vereinzelter Kritiker stärker, als es ist. Ja, es ist damit stärker, als wenn die Kritik öffentlich würde. Auch eine bloß zur Schau gestellte, nur vorgespielte Akzeptanz der Verhältnisse, »negative Legitimität«, wenn man so will, trägt zu deren Stabilisierung bei. Dem Aufstand vorhergehen oder diesen begleiten muss darum, mit James Scott gesprochen, die Veröffentlichung der »hidden transcripts«, das Öffentlich- oder breite Bekanntwerden von Unzufriedenheit und Widerstandsbereitschaft.¹⁶ Wer sieht und hört, wer mit seinen Sinnen vernimmt, dass er mit seinem Zorn auf die herrschende Klasse und ihre Handlanger nicht allein ist, wird auch und gerade angesichts von gewöhnlicher und immer noch möglicher Repression eher den eigenen Unmut artikulieren und sogar öffentlich protestieren als jemand, der sich lediglich als einer von vielen Benachteiligten und Unterdrückten wähnt.¹⁷ Die Kritik muss die Massen ergreifen, nicht nur weil Revolutionäre eine alte Ordnung in aller Regel nur mit Hilfe des Volkes stürzen können, sondern schon weil allererst massenhafter Protest dem alten Regime sichtbar seine Legiti-

15 Marx 1844/1988, S. 385.

16 Scott 1990.

17 Auch die Strategie des Terrorismus, die gewaltsamen und vor allem spektakulären Taten einzelner oder aus dem Untergrund heraus operierender Gruppen, zielt nicht auf eine direkte Schwächung eines in jedem Fall stärkeren Gegners, sondern auf die Rekrutierung von Kombattanten sowie die Mobilisierung derjenigen Massen, in deren Namen man zu handeln vorgibt. Der Terrorismus ist nicht zuletzt eine Kommunikationsstrategie, der Versuch, den vermeintlich Unterdrückten mitzuteilen, dass Widerstand möglich ist. Vgl. Waldmann 2003, S. 38-55.

mität entzieht. Die Performanzkrise eines politischen Systems hat mithin eine nicht bloß materielle, leistungsorientierte, sondern ebenso eine symbolisch-expressive Seite, beziehungsweise der performativen und normativen Dimension von Legitimität ist eine dritte expressive Dimension beizugesellen.¹⁸

Bevor oder auch damit die Idee einer politischen Ordnung, ihre Verfassung, praktisch in Frage gestellt wird – und genau das macht den Kern einer Revolution aus –, muss das alte Regime »rein praktisch«, in der performativen Dimension, versagen *und* dafür mehr oder weniger öffentlich angeklagt werden. Das Regime kann zwar und wird in der Regel versuchen, seine Kritiker mundtot zu machen, ist der Geist jedoch erst einmal aus der Flasche – wurde die Mauer des Schweigens durchbrochen, haben »freischwebende« Intellektuelle, Gegeneliten und nicht zuletzt Mitglieder der alten Ordnung selbst dieser ihre Gefolgschaft vernehmlich aufgekündigt, zeigt Protest »auf der Straße«, dass wesentliche Teile der Bevölkerung nicht länger zur fraglosen Hinnahme der Verhältnisse bereit sind –, bewirkt Repression häufig das Gegenteil dessen, was sie bezweckt: Der Protest wird lauter und die Menge der Protestierer schwillt an. Verlangen die Aufständischen schließlich nicht bloß einen Wechsel an der Spitze des Systems, nicht bloß einen Austausch der Herrschaftseliten, sondern einen Systemwechsel selbst, die Neu- oder »Umgründung« von Herrschaft auf ein zur alten Ordnung alternatives Prinzip, schlägt die Rebellion um in eine Revolution. Oder vielmehr, es entsteht eine revolutionäre Situation. Denn selbst mit einem machtvoll, unter Umständen gewaltsam vorgetragenen Anspruch auf Neu(be)gründung des politischen Systems ist der Kampf nicht schon gewonnen.

Idealtypisch – wie überhaupt die hier vorgetragenen revolutionstheoretischen Überlegungen nur ein Modell sind – lassen sich drei Ausgänge einer revolutionären Situation unterscheiden: Erstens kann der Aufstand niedergeschlagen werden, das alte Regime sich behaupten. Dies kann ohne, ebenso aber auch mit Hilfe einer ausländischen Schutzmacht geschehen. Die Seltenheit von Revolutionen hat ihren Grund nicht nur darin, dass Performanzkrisen sich im Regelfall nicht zu System-, Verfassungs- oder politisch-normativen Krisen ausweiten, sondern sie rührt ebenso daher, dass das alte Regime zumeist über überlegene Gewaltmittel verfügt, allen voran die Polizei und das Militär. Eine Variante dieses ersten Ausganges einer revolutionären Situation ist, dass die Polizei und insbesondere das diese an Feuerkraft gewöhnlich übertrumpfende Militär sich zwar gegen die alte politische Führung wenden, diese sogar stürzen, sich die Anliegen der Revolutionäre, insbesondere deren Verlangen nach Verantwortung der Machthaber vor dem Volk, allerdings nicht oder nur vordergründig zu eigen machen. Die Revolution kann mithin

18 Man mag einwenden, dass dies nur eine bedingt originelle Einsicht sei, schließlich sei es auch der Revolutionstheorie seit langem schon klar, dass nicht objektive Missstände, sondern vielmehr deren Wahrnehmung und Interpretation als unerträglich Menschen zum Widerstand treibt. Vgl. z.B. Davies 1973. Was den Revolutionstheoretikern der relativen Deprivation dabei jedoch entgeht, ist, dass es die spezifische Interpretation der Missstände als der Verfassung des Regimes geschuldete ist, welche eine revolutionäre Situation herbeiführt.

scheitern, weil das Militär putscht.¹⁹ Die Militärführung kann zwar versprechen, die Forderungen der Revolutionäre nach politischer Partizipation des Volkes einzulösen, praktisch jedoch tut sie das Gegenteil. Denn indem das Militär die Macht ergreift und sich freien Wahlen verweigert, wird die Bevölkerung weiterhin von politischer Mitbestimmung ausgeschlossen. Will das Militär sich gleichwohl als Hüter der Revolution inszenieren, können und müssen die Putschisten sich vor allem um eine Verbesserung der Versorgungslage bemühen. Die Krise, welche den Aufstand ausgelöst hat, muss bewältigt werden. Darüber hinaus bedarf es einerseits einer hinreichenden Kontrolle der öffentlichen Meinung; die Kritik, die an der alten Ordnung geübt wurde, darf sich nicht gegen die neuen Machthaber richten. Andererseits und dazu nicht in Widerspruch bedarf es, wenn auch fingierter, so doch sichtbarer und darum missverständlicher Akte der öffentlichen Zustimmung. Dies können (zumeist unfreie) Wahlen oder auch (in der Regel orchestrierte) Massenaufzüge sein. Doch so revolutionär sich die Putschisten auch gebärden, die Revolution ist gescheitert, weil eine Militärherrschaft gegen das eigentlich revolutionäre Prinzip der Volkssouveränität verstößt.

Ein zweiter möglicher Ausgang der revolutionären Situation ist der Bürgerkrieg. Der Machtkampf zwischen den Revolutionären und bisherigen Herrschaftseliten wird nicht entschieden. Keine Seite ist stark genug, die andere zu besiegen, gleichzeitig jedoch stark genug, die gewaltsame Konfrontation zu suchen beziehungsweise fortzusetzen. Man könnte einwenden, hierbei handle es sich nicht um eine Auflösung, sondern vielmehr um eine Verstetigung der revolutionären Situation. Ein solcher formal naheliegender Einwand verkennt allerdings, dass sich mit der Verstetigung des Konflikts in aller Regel auch der Gegenstand des Konflikts verändert.²⁰ Sind es, wenigstens seitens der Revolutionäre, zunächst zwar politische Absichten, für die gekämpft wird, rücken mit der Dauer des Kampfes auch auf Seiten der Aufständischen zum einen rein militärische Ziele in den Vordergrund; zum anderen führen der Aufbau und die Versorgung der »revolutionären Streitkräfte« dazu, dass ökonomische Erwägungen wichtiger werden und eventuell sogar die ursprünglichen politischen Anliegen der Revolutionäre übertrumpfen. Sehr schnell zeigt sich, dass Schmuggel, Entführungen, Zwangsabgaben, Plünderungen und die Rekrutierung Unfreiwilliger nicht bloß Mittel zum Zweck, sondern zumindest für die Milizen und insbesondere ihre Anführer eine attraktive Alternative zu ziviler Armut und Unfreiheit sein können.²¹ Und das ist noch nicht alles. Dass weder die Revolutionäre noch die bisherigen Herren siegen, deutet darauf hin, dass das Land beziehungsweise die Bevölkerung selber gespalten ist, dass es zumindest keine eindeutige, ungebrochene, landesweite Mehrheit für die Sache der Revolution, sondern Landesteile oder Bevölkerungsgruppen gibt, für die der Fortbestand des alten Regimes einer neuen Ordnung vorzuziehen ist. Auf jeden Fall führt die Militarisation des revolutionären Konflikts dazu, dass latente oder

19 Vgl. Beetham 2013, S. 228-236.

20 Waldmann 1995.

21 Elwert 1997.

nachrangige, mit dem aktuellen Konflikt in keinem ursächlichen oder notwendigen Zusammenhang stehende gesellschaftliche Gegensätze sowie nicht oder nur eingeschränkt wählbare Gruppenidentitäten wie ethnische Zugehörigkeit oder religiöses Bekenntnis aktualisiert und politisiert werden.²² Die Suche der kämpfenden Parteien nach Bündnispartnern und die Zurechnung von (konter-)revolutionären Aktionen auf vorrevolutionäre Gruppengegensätze führen unweigerlich zu einer Überlagerung und Durchkreuzung des revolutionären Hauptkonflikts mit »Nebenkriegsschauplätzen«. Was die in Mitleidenschaft gezogene Zivilbevölkerung in einer solchen Situation erstrebt, ist in erster Linie nicht die normative Richtigkeit einer zukünftigen Ordnung, sondern Frieden oder auch Ordnung an sich. Noch vor allen normativen, aber auch performativen Fragen werden von der überwiegenden Mehrzahl der Menschen geordnete Verhältnisse, in welchen die körperliche Unversehrtheit garantiert ist und sich einigermaßen stabile Erwartungen und Alltagsroutinen ausbilden können, anomischen Verhältnissen vorgezogen. Im Vergleich zur Unordnung ist Ordnung als solche legitim.²³ Man kann, ja man sollte darin eine vierte und zugleich die basale Dimension aller Legitimität erkennen.

Drittens schließlich können die Revolutionäre gewinnen. Dass die Revolution siegt, bedeutet indes nicht nur, dass die alten Herrschaftseliten vertrieben werden, sondern dass es in den Augen des Volkes selbst gelingt, die neue Ordnung auf den Willen des Volkes zu gründen und an den Willen des Volkes zu binden. Es versteht sich, dass »das Volk« anders als von Rousseau erträumt niemals einheitlicher Meinung sein wird. Auch wird stets darum gestritten werden, wer zum Volk gehört und wer nicht,²⁴ wann respektive unter welchen Bedingungen Volksmitglieder als politisch mündig gelten. Ebenso gibt es kein Patentrezept dafür, keine allgemeine institutionelle Blaupause, wie das Prinzip der Volkssouveränität praktisch umgesetzt werden kann oder soll. Was sich jedoch sagen lässt und was geschehen muss, damit die Revolution siegt, ist, dass die Mehrheit der Bevölkerung eines Staates sich auf ein Verfahren zur Ermittlung des politischen Führungspersonals einigt, was zugleich impliziert, die konkreten Ergebnisse dieses Verfahrens auch dann zu akzeptieren, wenn das Personal den Erwartungen (eines Teils) der Bevölkerung nicht entspricht.²⁵ Eine derartige Akzeptanz im konkreten Fall unliebsamer Ergebnisse steht dann und im Grunde nur dann zu erwarten, wenn die politische Ordnung nicht nur vorsieht, das Führungspersonal zumindest periodisch von einer erneuerten Zustimmung der Bevölkerung abhängig zu machen, sondern darüber hinaus die Regeln der Ordnung selbst revidieren zu können. Stabil oder vielmehr demokratisch oder volkssouverän legitim ist eine Ordnung paradoxerweise dann, wenn und insofern sie ihre Selbstrevision von vornherein vor-

22 Kalyvas 2003.

23 Popitz 1992, S. 221-227; Trotha 1994.

24 Ingold 2016, S. 264-297.

25 Simmel 1908, S. 186-197.

sieht.²⁶ Wie eine praktische Lösung dieses grundlegenden Anspruch aussehen könnte, ist naturgemäß umstritten. Eine erfolgreiche Revolution zeichnet sich allerdings nicht zuletzt dadurch aus, dass diese nicht nur institutionell, sondern schon konzeptionell oder normativ außerordentlich komplizierten Fragen überhaupt gestellt und öffentlich verhandelt werden. Mit der Machtübernahme der Revolutionäre allein hat die Revolution indes noch nicht gesiegt. Vielmehr muss die Möglichkeit, die politische Ordnung auf legitime(re) Füße zu stellen, ergriffen und umgesetzt werden. In einem verwickelten und gefährlichen, weil politisch und rechtlich ungesicherten Verfassungsfindungs- und -gebungsprozess müssen neue Verfahren und Institutionen erdacht und vor allem Kompromisse gefunden werden. Nicht nur über den Umgang mit und gegebenenfalls die Einbindung von alten Eliten und ihrer Basis ist zu befinden, sondern auch und gerade unter den bislang bloß »negativ siegreichen« Revolutionären brechen Interessengegensätze auf, die, damit die Revolution sich auch positiv behauptet, artikuliert und überbrückt werden müssen. Auf den Enthusiasmus der Straße folgt die Mühsal der Sitzungszimmer; an Stelle der erfolgreichen Kämpfer übernehmen geschickte Organisatoren die Führung der Revolution. Die Gefahr, dass diese jenen und ebenso, wenn nicht gar in erster Linie »dem Volk« die Revolution entwenden, besteht immer. Darüber, ob oder vielmehr in welchem Maß dies gelingt, entscheidet, wie zuvor schon über die Zuspitzung der Regime- zur Systemkritik, zu wesentlichen Teilen eine kritische, unabhängige Öffentlichkeit. Fehlt diese oder wird sie von den siegreichen Revolutionären unterdrückt, ist die Gefahr groß, dass mit ihr, vorläufig zumindest, auch das Freiheitsversprechen stirbt, dass in jeder Revolution steckt, ja, dass sie trägt.

Die revolutionstheoretischen Ausführungen lassen sich dahingehend zusammenfassen, dass Revolutionen sich nicht bloß zum Sturz oder Austausch des Herrschaftspersonals, sondern zur Neu(be)gründung der Herrschaftsordnung zuspitzende Legitimitätskrisen sind. Am Ende einer erfolgreichen Revolution stehen die Substitution des alten und die Institutionalisierung eines neuen Legitimitätsprinzips, das heißt der Idee, aus der heraus Herrschaft gerechtfertigt wird. Formal gesehen gibt es davon nur drei: erstens Legitimität qua göttlicher Sendung, zweitens Legitimität durch die Beherrschten selbst und drittens Legitimität qua Tradition. Insoweit Revolutionen nicht auf die Institutionalisierung des Prinzips der Volkssouveränität zielen – was sie im Regelfall jedoch tun –, sondern auf die (Wieder-)Herstellung der Tradition oder (Neu-)Errichtung eines Gottesstaates, sind sie gleichwohl darin »demokratisch«, dass die Neu(be)gründung der Herrschaft vom Volk gegen ein alternatives Herrschaftsprinzip durchgesetzt wird. Von der Legitimitätsidee oder der normativen Dimension von Legitimität zu unterscheiden sind indes die performative, die symbolisch-expressive und die basal-pragmatische Dimension. Letztere meint den Ordnungswert von Ordnung überhaupt. Die symbolisch-expressive Dimension bezeichnet die notwendige Öffentlichkeit, sei es von Herrschaftskritik, sei es von der Herrschaft, wenn nicht ausdrücklich affirmierendem, so doch duldendem Handeln. Die performative Dimension betrifft die mate-

26 Ingold 2016, S. 297-335.

riellen Leistungen von politischer Herrschaft. Was den Verlauf von Revolutionen angeht, so versagen Regime typischerweise zunächst in der performativen Dimension. Sie werden ihren eigenen Leistungsversprechen nicht mehr gerecht. Die Unzufriedenheit muss allerdings auch öffentlich (gemacht) und »praktisch« werden; es bedarf der Massen auf der Straße, die dem Regime ihre Unterstützung sichtbar absprechen; andernfalls bleibt die Kritik unwirksam oder bestenfalls eine Idiosynkrasie »gewisser Kreise«. Damit aus der Revolte oder Rebellion eine Revolution wird, muss das öffentlich gemachte performative Versagen der Verfassung oder dem normativen Kern von Herrschaft zugerechnet werden. Selbst dann jedoch besteht die Gefahr, dass die Revolution vereitelt wird, steckenbleibt oder in einen Bürgerkrieg abgleitet. In jedem dieser Fälle tritt der normative Konflikt zugunsten von performativen oder basal-pragmatischen Problemen in den Hintergrund und bleibt dementsprechend ungelöst.

Die vorstehenden abstrakten revolutionstheoretischen Ausführungen dürften bereits diverse Assoziationen zum »Fallbeispiel« der Arabellion wachgerufen haben. Gleichwohl habe ich versucht, den konkreten Fall nicht schon in die allgemeine Theorie hineinzuschreiben. Denn natürlich darf es nicht darum gehen, jenen diese bestätigen zu lassen, sondern allein darum, diese zu bemühen, jenen besser zu verstehen oder wenigstens Vergleichsgesichtspunkte zu gewinnen, die eine Einordnung des Geschehens in die politische Strukturgeschichte erlauben. Ich möchte darum im Folgenden fragen, was die vorgestellte, am Leitbegriff der Legitimität respektive deren Mehrdimensionalität orientierte Revolutionstheorie dazu beiträgt, den Verlauf sowie einige der Überraschungsmomente der Arabellion aufzuschlüsseln und dabei auch die in diesem Band versammelten Einzelstudien in einen größeren Rahmen zu stellen.

Wohl für alle überraschend waren die Plötzlichkeit und die schnelle Verbreitung der Arabellion. Die Politikwissenschaft ist dafür gescholten worden beziehungsweise musste selbst eingestehen, die Arabellion nicht kommen gesehen zu haben.²⁷ Daran ist sicherlich richtig, dass ihr Interesse seit Anfang der 1990er Jahre vornehmlich der Erklärung des Beharrungsvermögens oder gar der Stabilität der nahöstlichen Autokratien und nicht dem Unruhepotential der Region gegolten hat.²⁸ Doch selbst diejenigen Autoren, die zu Recht auf die Widerständigkeit und den auch vor 2011 durchaus vorhandenen Protest »der Araber« gegen ihre Lebensbedingungen hingewiesen hatten,²⁹ dürften von der Wucht der Ereignisse überrascht worden sein. Und dies nicht allein deshalb, weil es im Wesen der Sache, von Rebellionen oder Revolutionen, ja von (politischen) Ereignissen über-

27 Gause 2011. Der Soziologie, meiner Disziplin, wurde dieser Vorwurf meines Wissens nicht gemacht. Das spricht indes nicht für ihre überlegenen prognostischen Fähigkeiten, sondern, wenigstens was die deutschsprachige Soziologie anbelangt, für ihr diesseits von allgemein weltgesellschaftlichen Überlegungen insgesamt nach wie vor geringes Interesse an außereuropäischen oder nicht-westlichen Gegenständen.

28 Vgl. bspw. Schlumberger 2007.

29 Wedeen 1999; Bayat 2010.

haupt liegt, von ihnen überrascht zu werden. Politik und Geschichte sind zumindest in dem Sinne kontingent, da sich auch wenn man erwartet, dass die Dinge sich ändern, nicht vorhersehen lässt, wann was geschieht.³⁰ Überraschend, weil »unwissbar«, waren nicht bloß der Anlass und der Zeitpunkt der Arabellion, die Selbstverbrennung von Muhammad al-Bu'azizi (Mohamed Bouazizi) am 17. Dezember 2010 in der tunesischen Provinzstadt Sidi Bou Sa'id (Sidi Bouzid), sondern die politische Sprengkraft und Reichweite, welche die an al-Bu'azizi Verzwüfung tat anschließenden Proteste innerhalb weniger Wochen und Monate entfalten würden. Nicht nur in Tunesien wurde das Bin'Ali-Regime hinweggefegt, sondern der Funke sprang über auf eine Region, die sich von Rabat bis Amman und von Damaskus bis Sanaa jeweils über Tausende von Kilometern erstreckt. Allein dieser Befund spricht für eine gewisse Einheitlichkeit der MENA-Region, dafür, dass die arabische Welt bei allen Differenzen – zum Beispiel ist Katar eines der Länder mit dem höchsten, der Jemen hingegen eines derjenigen mit dem geringsten Pro-Kopf-Einkommen der Welt – einen einheitlichen Resonanzraum bildet.

Tatsächlich sprechen die etwa 350 Mio. Einwohner der Region dieselbe Sprache und hängen weitgehend derselben Religion an. Die konfessionellen Gegensätze in der Hauptsache zwischen Sunniten und Schiiten sind für das Verständnis der aktuellen Rivalitäten und (Bürger-)Kriege zwar alles andere als unerheblich, spielten innerhalb der arabischen Welt bis zum Sturz Saddam Husseins durch die Amerikaner und dem darauf folgenden Zusammenbruchs des Irak allerdings nur eine untergeordnete Rolle.³¹ Historisch geeint, zusammengehalten und geprägt wurde der Raum durch die arabischen Kalifate und das Osmanische Reich. Unmittelbare Vorläufer der heutigen Staaten der Levante waren die Mandatsgebiete der europäischen Kolonialmächte.³² Nahezu alle Staaten der Region waren und sind, unabhängig davon, ob es sich um Monarchien oder Republiken handelt, Autokratien.

Was diese über den Kolonialismus und das Osmanische Reich hinweg noch mit den Kalifaten verbindet, ist das Prinzip patrimonialer Herrschaft.³³ Deren wesentliche Merkmale sind direkte Loyalitätsbeziehungen des (Erzwingungs-)Stabs beziehungsweise der (Herrschafts-)Eliten zur Person des Herrschers, die Nicht-Unterscheidung von privat(wirtschaftlich)en Interessen der Herrschaft und öffentlichen Belangen, der Tausch von materiellen und symbolischen Gütern gegen Gefolgschaft, die Informalität und die damit verknüpfte Willkür von Herrschaftsakt und schließlich Eliten- und allgemeiner segmentäre statt Schichten- oder Klas-

30 Die Erwartung, dass die Dinge sich ändern, ist freilich eine spezifisch neuzeitliche. Vgl. Koselleck 1979.

31 Siehe das Diskussionsforum zur Frage »How Useful has the Concept of Sectarianism been for Understanding the History, Society, and Politics of the Middle East?« von Peet et al. 2008.

32 Nicht unter Mandatsverwaltung standen Ägypten, Tunesien und die arabische Halbinsel. Gleichwohl waren auch diese Länder und Gebiete Teil des britischen beziehungsweise französischen Kolonialreichs.

33 Pawelka 2002.

senkonkurrenz. Neopatrimoniale Regime unterscheiden sich von traditionell patrimonialen Regimen durch einen noch einmal gesteigerten, aus den Fesseln der Tradition befreiten Personalismus, die Existenz und Instrumentalisierung formaler Organisationen für persönliche Herrschaftsinteressen, die Vergabe auch öffentlicher Güter zur Rekrutierung und Bindung von Unterstützern, eine bisweilen demokratische oder revolutionäre Fassade sowie und in unmittelbarer Verbindung damit generalisierte Wohlstandversprechen.³⁴

Ähnlich sind sich die Länder der MENA-Region, ihrem unterschiedlichen absoluten Wohlstandsniveau zum Trotz, weiterhin in ihrer ökonomischen Verfassung.³⁵ Es handelt sich im Wesentlichen um Rentenökonomien, um Staaten, die nicht oder nur zu äußerst geringen Teilen von der Besteuerung der Produktion und damit direkt oder indirekt der arbeitenden Bevölkerung, sondern von weitgehend »arbeitslos« zu beziehenden Renten, zum Beispiel den auf dem Weltmarkt aus dem Verkauf von Öl oder Ölförderrechten erzielten Erlösen leben.³⁶ Es sind vor allem die Golfstaaten, die von Ölrenten profitieren. Doch auch die ölarmen oder -ärmeren Länder finanzieren sich in einem erklecklichen Ausmaß durch Renten in Form von internationalen, auch und nicht zuletzt aus den reichen Ölstaaten stammenden Hilfszahlungen, sogenannten Remittances von Arbeitsmigranten, Einnahmen aus dem Tourismus oder Gebühren für die Nutzung ihres Territoriums durch Dritte, im Falle Ägyptens etwa für die Nutzung des Suez-Kanals. Dies macht die Regierungen auf der einen Seite zwar relativ unabhängig von der Produktivität der heimischen Wirtschaft, auf der anderen Seite aber besonders abhängig von Einkommensschwankungen, auf die sich durch nationale Maßnahmen kaum Einfluss nehmen lässt. Neopatrimonialregime, deren Stabilität von einer stetigen Alimentierung in erster Linie der Klientel des Herrschers, darüber hinaus aber auch der Untertanen überhaupt abhängt, prosperieren, solange die Renten fließen, sind aus genau demselben Grunde jedoch durch ökonomische Krisen besonders verletzlich.

Ein dramatischer Einschnitt für die Staatsfinanzen insbesondere der ölarmen, gleichwohl aber von Zuwendungen der ölreichen Staaten abhängigen Länder war der Ölpreisverfall der 1980er Jahre.³⁷ Die Möglichkeiten, die eigene Bevölkerung zu alimentieren oder wenigstens eine für alle ausreichende Grundversorgung sicherzustellen, wurden drastisch beschnitten. Verschärft wurde die Lage dadurch, dass Geldgeber wie der Internationale Währungsfonds oder die Weltbank ihre nun dringend benötigten (Hilfs-)Kredite an die üblichen Auflagen nicht nur zur allgemeinen Deregulierung der Ökonomie, sondern auch und vor allem zur Einsparung von Staatsausgaben, zur Verschlinkung des Staatsapparats und zur Privatisierung von Staatsbesitz koppelten. Während von den Privatisierungen nicht anders als nach 1989 in Osteuropa im Wesentlichen nur die regimenahe Eliten pro-

34 Eisenstadt 1973; Bach/Gazibo 2012.

35 Richards/Waterbury 2013.

36 Beblawi 1990.

37 Zum Folgenden Cammet/Diwan 2013.

fitierten, verschlechterte sich die wirtschaftliche Situation der Unter- und Mittelschichten. Die im Vergleich zu den mickerigen Quoten der OECD-Welt in absoluten Zahlen seit Beginn des Millenniums nicht einmal unansehnlichen Wachstumsraten der Volkswirtschaften der MENA-Region dürfen darum nicht darüber hinwegtäuschen, dass die soziale Ungleichheit innerhalb der einzelnen Länder zugenommen hat. Und nicht nur das. Das nach wie vor hohe Bevölkerungswachstum bedeutet, dass das absolute Wachstum des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf gerechnet auf einen Rückgang des Einkommens hinausläuft. Die neopatrimonialen Regime der MENA-Region steckten mithin längst vor Ausbruch der Arabellion in einer ausgewachsenen Performanzkrise. Angesichts dieser seit Jahren, wenn nicht Jahrzehnten angespannten Lage, die für die rentenschwachen Länder freilich weit aus kritischer ist als für die reichen Golfstaaten, erstaunt es weniger, dass es überhaupt zu sozioökonomischen »Brot«-Aufständen der Bevölkerung kommt, als dass diese erst 2011 eskalieren. Eben darin besteht die oder vielmehr eine der Überraschungen, die es zu erklären gilt. Anders gefragt: Gibt es besondere Umstände die verständlich machen, warum sich das Versagen der Regime in der performativen Dimension, obwohl seit langem gepürt und von vielen erlitten, 2011 zu einer transnationalen politischen Krise zuspitzt?

Es hieße indes, die Möglichkeiten der Sozialwissenschaften überzustrapazieren, wollte man begründen, warum die Arabellion gerade im Dezember 2010 in Tunesien beginnt. Offenbar hat die Arabellion im Dezember 2010 von Tunesien ausgehen können, aber sie musste es nicht; angesichts vergleichbarer Umstände hätte sie auch schon früher oder erst später und wohl auch andernorts, zum Beispiel 2008 im Gefolge der Textilarbeiterstreiks in Ägypten, ausbrechen können.³⁸ Dass gerade die Selbstverbrennung Bu'azizis zum Fanal der Arabellion wurde, war kontingent. Erklärungsbedürftig, aber auch erklärbar erscheint mir hingegen die Frage, warum oder vielmehr wie Bu'azizis Verzweiflungstat zum Fanal hat werden können. Auf diese Frage jedoch gibt die allgemeine politisch-ökonomische Situation keine Antwort. Sie ist »nur« der Hintergrund, den die Selbstverbrennung Bu'azizis schlagartig beleuchtet und ins allgemeine Bewusstsein hebt.

Tatsächlich ist es nicht Bu'azizis Aktion als solche, sondern ihre mediale Verbreitung, aus welcher die Arabellion erwächst. Auch wenn es, wie Carola Richter in ihrem Beitrag argumentiert, verkürzt wäre, die Arabellion als Medienrevolution zu bezeichnen, hätten sich die Unruhen ohne Smartphones und panarabisches Fernsehen kaum so schnell und weit verbreitet, wie tatsächlich geschehen.³⁹ Was nämlich, einseits, über das bisher Gesagte hinaus die Kohärenz der heutigen arabischen Welt wesentlich mitbestimmt, sind die Existenz und Rezeption gesamtarabischer Medien und das heißt vor allem den katarischen TV-Kanal al-Jazira.⁴⁰ Al-Jazira ist seit 1996 auf Sendung, kann in der gesamten MENA-Region (und darüber hinaus) per Satellit empfangen werden und bietet ebenso Unterhaltungs-

38 Beinin 2009.

39 Noueihed/Warren 2012, S. 44-59.

40 Lynch 2005.

tungs- wie Nachrichtenformate. Auch wenn der Sender nicht vor politischer Instrumentalisierung durch seine herrschaftlich-katarischen Geldgeber gefeit ist, zeichnet er sich über ein vordem ungekanntes Maß an breiter, freier, kritischer und kontroverser Berichterstattung aus.⁴¹ Dies steht in deutlichem Kontrast zum älteren einerseits staatlich kontrollierten und andererseits national bornierten TV-Verlautbarungs-»Journalismus« der jeweiligen autokratischen Regime. Dass es überhaupt abweichende Meinungen gibt, dass offener Widerspruch möglich ist, dass sich dieselben »Sach«-Verhalte aus anderer Perspektive anders darstellen und dass umgekehrt die eigenen, nationalen Probleme dieselben oder ähnliche sind wie die benachbarter Staaten, war zwar auch für die national zersprengten, zensierten Öffentlichkeiten der arabischen Welt immer schon denkbar, vor al-Jazira aber kaum praktisch erfahrbar.

Wie Kai Hafez am Beispiel Ägyptens in seinem Beitrag für diesen Band zeigt, führte dies allein, selbst im Verbund mit einer nachholenden Liberalisierung der national(staatlich)en Medienlandschaft, noch nicht zur Herausbildung einer kritischen, grundlegende politische Fragen deliberierenden Öffentlichkeit. Wohl aber wurde al-Jazira über das zu Beginn des Jahrtausends zwar auch über der arabischen Welt aufgespannte, aber längst nicht von allen Bevölkerungsgruppen genutzte Internet hinaus schon im tunesischen Fall, dann aber auch für Ägypten, den Jemen und die anderen Staaten der Region zur Plattform und zum Multiplikator von mit Smartphones aufgenommenen Videos einzelner Proteste und ihrer Repression durch staatliche Sicherheitskräfte. Auf diese Weise verbreitete sich die Nachricht von Bu'azizis Selbstverbrennung, ihren Hintergründen – weil der Gemüsehändler keine Lizenz vorweisen konnte, hatte die Polizei seine Waren konfisziert – und den sich an seinen Tod anschließenden Demonstrationen in kürzester Zeit in ganz Tunesien und auch im arabischen Ausland. Bu'azizis Schicksal rief bei vielen Menschen des Landes und der Region Empörung gegen die schlechte und sich seit Jahren stetig verschlechternde wirtschaftliche Lage, gegen die wachsende soziale Ungleichheit und die polizeiliche Willkür wach. Sein Fall warf ein Schlaglicht auf die eigene Situation. Der mangels freier Berichterstattung, aber auch mangels Korrespondenten von den Betroffenen selbst »gemachte«, filmische und von al-Jazira in die gesamte MENA-Region ausgestrahlte »Bürgerjournalismus« veröffentlichte oder besser kollektivierte eine typische, bislang jedoch immer nur vereinzelte, der Wahrnehmung durch gleichermaßen betroffene Dritte entzogene Erfahrung. Man sah, man war nicht allein – weder als Opfer staatlicher Willkür, noch in seinem Zorn auf die herrschende, materiell wie lebensweltlich abgehobene Klasse und ihre Schergen. Es war, als hätte es einer einzelnen Stimme bedurft, die ausspricht, was »allen« seit langem klar war, sich bislang aber niemand auszusprechen gewagt hatte: »Die Verhältnisse, denen wir ausgesetzt sind, sind demütigend, ungerecht und repressiv.« Die mediale Verbreitung des zwar au-

41 Selbst die an sich apolitischen Unterhaltungsprogramme hatten emanzipatorische Effekte, weil in Soap Operas und Talk Shows traditionelle, patriarchale Rollenklischees aufgesprengt und kulturell marginale Lebensentwürfe einem breiten Publikum vorgestellt wurden.

ßerordentlich tragischen, aber auch typischen Schicksals Bu‘azizis war der symbolische Funke, welcher die performative, »bloß ökonomische« Krise in offenen, politischen Protest umschlagen ließ.

Natürlich war es nicht die Nachricht als solche, auf die hin die Menschen, die sich in ihr wiederkannten, auf die Straßen geströmt wären, um ihre autokratischen Herrscher zu stürzen. Vielmehr brauchte es – und gab es in Tunesien und Ägypten – eine *vergleichsweise* lebhaftere Zivilgesellschaft, von staatlicher Bevormundung freie, beispielsweise gegen die allgegenwärtige Korruption oder für die Einhaltung von Menschenrechten kämpfende Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften und Oppositionsparteien, welche Protestkundgebungen ansetzten und ihre Mitglieder mobilisierten, weitere Menschen auf die Straße zu bringen.⁴² Tatsächlich gab es Blogger und Netzaktivisten, welche die technischen Möglichkeiten, die Reichweite und auch die Anonymität des Internets bereits vor den Aufständen nutzten, um Ungerechtigkeiten anzuprangern und Demonstrationen zu organisieren.⁴³ Gleichwohl bedurfte es eines Mechanismus, welcher die zuvor latente Ablehnung der Verhältnisse qua Exposition eines Skandals in offenen Widerstand umschlagen ließ. Eben darin liegt die Bedeutung »der« Medien für die Arabellion.

Bemerkenswert ist in diesem Kontext – und hierin liegt ein zweites Überraschungsmoment des Aufstands –, dass die Aufstände nicht von »den Islamisten« ausgingen, obwohl sie es waren, die in den Jahren und Jahrzehnten zuvor einerseits in offener Opposition zu den autokratischen Regimen gestanden und andererseits ein Geflecht von wohlfahrts-»staatlichen« Einrichtungen aufgebaut hatten.⁴⁴ »Der Islam« erschien und erscheint vielen, wenn nicht als »Lösung«, so doch als unkorrupte Alternative zu den verbrauchten und diskreditierten republikanischen Ideologien der nationalen Selbstbestimmung und des arabischen Sozialismus, in den Monarchien mindestens als Komplement dynastischer Herrschaft und grundsätzlich als Gegenmodell zur westlichen Konsumkultur. Praktisch sprangen islamistische Organisationen vor allem in den ärmeren Ländern der Region überall dort ein, wo der Staat sich im Zuge unausweichlicher oder erzwungener Einsparungen aus dem Bildungs-, dem Gesundheitsbereich oder der Nahrungsmittelhilfe zurückgezogen hatte. Doch erst nachdem die Aufstände die Region zum Beben gebracht hatten, rückten islamistische Gruppierungen in den Vordergrund, übernahmen sie in Ägypten und Tunesien zeitweise die Führung.⁴⁵ Auch wenn sie, anders als die Massen auf den Straßen und Plätzen, häufig gut or-

42 Anderson 2011.

43 Bennett/Segerberg 2012.

44 Richards/Waterbury 2013, S. 362-384.

45 Als Gründe für die anfängliche Zurückhaltung der Islamisten lassen sich zum einen die massive frühere Repression durch die jeweiligen Machthaber, zum anderen aber auch die Erfolglosigkeit früherer, bewaffneter, auf terroristische Initialzündungen setzende Aufstandsversuche anführen. Die Gemeinschaft der Gläubigen ließ sich durch spektakuläre Angriffe auf Repräsentanten der repressiven staatlichen Ordnung offenbar nicht mobilisieren. Und schließlich dürften die Islamisten wie im Grunde alle Beteiligten, die

ganisiert waren, brauchten sie offenbar Zeit, um ihre Aktivitäten von Sozialarbeit, religiöser Unterweisung und klandestinem gewaltsamen Widerstand auf den politischen Machtkampf umzuorientieren.

Auf den Straßen und Plätzen der Arabellion, am eindrucklichsten versinnbildlicht durch die Massen auf dem Tahrir-Platz in Kairo, versammelten sich und protestierten demgegenüber zunächst Gruppen, von denen man es vordergründig nicht erwartet hätte: in der Vergangenheit alles in allem eher regimenaher als systemoppositionelle Mittelschichten, gut gebildete, aufstiegsorientierte Jugendliche, im einen wie im anderen Falle nicht wenige Frauen. Tatsächlich sind die Mittelschichten, sieht man von den eigentlichen Machthabern und ihrem Anhang ab, bei allen im Ländervergleich notwendigen Differenzierungen – die, wie Rachid Ouassa und Katrin Sold in ihrem Beitrag zeigen, durchaus unterschiedliche Verlaufspfade der Arabellion zu erklären vermögen – in den Ländern der MENA-Region die Hauptprofiteure der sozioökonomischen Entwicklung der vergangenen 50 Jahre gewesen. Der sogenannte autoritäre Gesellschaftsvertrag beruhte darauf, dass die Machthaber sozialstaatliche, aus Renten finanzierte Leistungen gegen Loyalität respektive den Verzicht auf politische Partizipationsrechte tauschten.⁴⁶ Und auch wenn es den Staaten der Region alles in allem nicht gelang, sich selbst tragende oder gar global konkurrenzfähige nationale Industrien aufzubauen, verschwanden die Renten doch nicht nur in den Taschen der Machthaber. Es entstand ein Bildungssystem, das es vielen aus traditionellen, von Landwirtschaft und ungelerner Arbeit geprägten Verhältnissen stammenden Menschen erlaubte, einen Schul- oder sogar Hochschulabschluss zu erwerben, der wiederum die Voraussetzung, praktisch zumeist aber auch die Eintrittskarte für eine Beschäftigung in einem stetig wachsenden staatlich-bürokratischen Sektor darstellte. Daneben, wenn auch in weit geringerem Maße, nahm die Anzahl der freien Berufe zu. Immer mehr Menschen zogen in die Städte und kamen in den Genuss einer wie auch immer basalen öffentlichen Daseinsvorsorge. Auf diese urbane Klientel konnten gerade republikanische Machthaber sich stützen.⁴⁷ Hinzu kommt, dass erhebliche Teile der staatlich alimentierten oder wenigstens geförderten, tendenziell säkularen Mittelschichten das politisch strenge Regiment »ihrer« Präsidenten als Garant gegen eine Machübernahme der Islamisten begriffen. Und wie Ivesa Lübben und Hannah Pfeifer in ihren Beiträgen zeigen, verstanden die Regime es die längste Zeit vortrefflich, Ängste vor dem Islamismus zu schüren und sich selbst als auch religionspolitisch unersetzlich zu inszenieren. Wie also ist erklärlich, dass diese Mittelschichten gegen ihre Mentoren, wenn nicht Schöpfer auf die Straße gingen?

Gründe dafür habe ich oben bereits genannt: Angesichts einbrechender Renten und im Zuge der erwähnten Strukturanpassungsprogramme entfremden die Re-

Machthaber, die ausländischen Beobachter, aber auch die Aufständischen selbst, von der Wucht der Ereignisse überrascht worden sein.

46 Desai et al. 2009.

47 In den Monarchien gab und gibt es demgegenüber nach wie vor tribale und familiale Konsultativstrukturen, welchen die Monarchen faktisch in ihrer Selbstherrlichkeit einschränken und dadurch legitimieren. Vgl. Derichs/Demmelhuber 2014.

gime ich ihrer eigentlichen gesellschaftlichen Basis. Genau rge agt ist es seit Beginn d Jahrtausends zu einer objektiven wie subjektiven Prekariierung der Mittelchichten gekommen.⁴⁸ Objektiv haben das Einkommen und die sozial Sicherheit abgenommen. Nicht die Mittelschichten haben von der Liberalisierung der Wirtschaft und insbesondere der Privatisierung von Staatseigentum profitiert, sondern die Angehörigen der Machteliten selbst. Diese wurden noch reicher, als sie es ohnehin schon waren, die Mittel- und erst recht die Unterschichten gingen demgegenüber leer aus. Doch selbst wo der gesunkene Lebensstandard der Mittelschichten diese noch nicht in ihrer Existenz bedroht hatte, ist die subjektiv die Aufstiegsorientierung abhanden gekommen. Diese Prozesse sind zwar nicht neu sondern seit gut 20 Jahren zu begutachten, doch bekanntlich mühen Enttäuschungen sich wiederholen und zu einer kollektiven Erfahrung verdichten bevor sie politisch wirksam oder gar geschichtsmächtig werden. Was die Mittelschichten 2011 aufkündigen, ist der autoritäre Sozialvertrag, der eben nicht nur für die Machthaber, sondern auch für sie ein Arrangement von wechselseitigem Nutzen war.⁴⁹ Das heißt, sie kündigen einen Vertrag, sie entziehen ihm ihre Zustimmung, lange nachdem die Machthaber aufgehört hatten, ihren »Verpflichtungen« nachzukommen. Die Arabellion vollzieht gewissermaßen formell nach, was faktisch längst geschehen war. Nur ist dies nicht gleichbedeutend mit einem demokratischen Aufbruch. Die Kritik der Verhältnisse ist nicht immer schon das Verlangen nach einer Neubegründung der politischen Ordnung. Ja, die Demonstranten wollen Brot, Würde, Gerechtigkeit und Freiheit, gleichwohl kulminieren die Anliegen in der an die Machthaber gerichteten Parole »Irhal!«, »Hau ab!«, und nicht in der Forderung »Demokratie jetzt!«.⁵⁰

Ähnliches gilt für die Jugend. Diese hat ihre Zukunft per definitionem erst noch vor sich. Die Mittelschichtsjugend, die eigentliche Avantgarde der Proteste,⁵¹ verfügt darüber hinaus über höhere Bildungsabschlüsse als ihre Elterngeneration andererseits jedoch fehlen nicht nur die Jobs in der Verwaltung und einer alles andere als freien Wirtschaft, sondern häufig auch die tatsächlich nachgefragten Qualifikationen. Das staatliche Bildungssystem produziert nicht nur mehr Jobanwärter als Staat und Markt absorbieren können, sondern versagt zudem in der praktischen Qualifikation seiner Schüler und Studenten. Fehlt jedoch der Job, fehlt das Geld, ein halbwegs autonomes Leben zu bestreiten. Weder gelingt die Abnabelung vom Elternhaus, noch ist es möglich, zu heiraten und eine eigene Familie zu gründen. Da sexuelle Kontakte sich nach wie vor stark auf das Eheleben konzentrieren, sind schlechte oder fehlende wirtschaftliche Aussichten darüber hinaus gleichbedeutend mit sexueller Frustration.⁵² Buchstäblich potenziert werden diese Probleme durch die demographische Struktur. In der MENA-Region sind zwei

48 Cammett/Diwan 2003; Abulof 2015.

49 Zorob 2013.

50 Schulze 2013.

51 Murphy 2012.

52 El Feki 2013, S. 55-130; Daoud 2016.

Drittel der Bevölkerung unter 30 Jahre alt. Selbst in den reichen Ölstaaten liegt die Jugendarbeitslosigkeit bei bis zu 25 Prozent; in den ärmsten Ländern der Region betrifft sie gar annähernd die Hälfte aller Jugendlichen. Selbst wenn die Geburtenraten in den letzten Jahren rückläufig sind, werden mittelfristig Millionen von nur zum Teil hinreichend ausgebildeten oder auch gar nicht beschulten zusätzlichen Jugendlichen auf den Arbeitsmarkt drängen. Wirtschaftliche Wachstumsraten, welche diesen demographischen Überhang auffangen könnten, sind nicht nur nicht in Sicht, sondern kaum vorstellbar. Die Jugend, die in der Arabellion auf die Straße zog, war nur erst die Speerspitze einer jetzt schon um ihre Zukunft betroffenen Generation. Was diese Generation für sich verlangt, was diese Jugend wie alle Jugend will, sind Selbstverwirklichung und Selbstbestimmung. Nur geht es hierbei für die allermeisten noch vor dem Ausleben von gewählten Identitäten um das bloße Nachrücken an die Stelle der Alten und vor der Verwirklichung von politischer Freiheit um die Wahrnehmung eines Minimums an lebensweltlicher Autonomie.⁵³ Doch weil die Erwartungen für sehr viele enttäuscht werden, werden sehr viele sich – mehr noch als jetzt schon – auf den Weg in andere Länder innerhalb und außerhalb der Region machen, in denen sie ein besseres Leben erwarten – oder auch mit der Waffe in der Hand zu Hause für ein besseres Leben kämpfen. Weder für die arabische Welt noch für Europa sind das beruhigende Aussichten. Wie Bilgin Ayata und Maurus Reinkowski in ihren Beiträgen zeigen, zerbricht damit zwar nicht notgedrungen die politische Ordnung des Mittleren Ostens, sehr wohl aber das bisherige Verhältnis von Orient und Okzident.

Gleichwohl sollte man die »youth bulge« nicht mechanisch zum Urquell der Arabellion und der gesamten weiteren Entwicklung erklären.⁵⁴ Immerhin war die Arabellion in ihrer Anfangsphase ein friedlicher Aufstand, und es waren nicht die Aufständischen selbst, die als erste zur Gewalt griffen. Auch dies ist, wenn kein drittes Überraschungsmoment, so doch ein besonderer Aspekt des Geschehens, der gemessen daran, dass Rebellionen und Revolutionen im historischen Normalfall gewaltsam verlaufen, ebenso nach Erklärung verlangt wie andererseits das Abgleiten der libyschen, syrischen und jemenitischen Aufstände in Bürgerkriege.

Sicher nicht der einzige, wohl aber ein wesentlicher Grund für die unterschiedlich gewaltsamen Verlaufspfade der Aufstände dürfte in der jeweiligen nationalstaatlichen Verfassung der einzelnen Länder zu finden zu sein. Als Nationen sind Tunesien und Ägypten vergleichsweise homogene Gemeinwesen. Ethnische und religiöse beziehungsweise konfessionelle Gegensätze spielen und spielten in der jüngeren Vergangenheit keine wesentliche Rolle. Weder die staatliche Eigenständigkeit noch das hohe Alter der Nationen standen oder stehen in Frage. Hinzu kommt, dass es in beiden Ländern eine relativ lebhaft zivilgesellschaft mit zu-

53 »I tend to think that the desire for democracy is composed of three parts. A desire for a stable and ordered political system; a desire for personal autonomy – meaning to live a life unencumbered by too much control from the state or society; and a desire for economic prosperity.« Faisal Al Yafai, zitiert in ASDA'A Burson-Marsteller 2016, S. 27.

54 Heinsohn 2011.

gleich nationalen wie zentralisierten, von der Hauptstadt ausstrahlenden und auf sie zulaufenden Organisationsstrukturen gibt. Was im Frühjahr 2011 in Tuni und in Kairo passierte, hatte im Prinzip für ganz Tunesien und für ganz Ägypten dieselbe Bedeutung. Die Hauptstadt erhob sich stellvertretend für das Land, so wie die Avenue Bourguiba in Tunis und vor allem der Tahrir-Platz in Kairo zu den Schauplätzen und »Brennkammern« des Aufstands wurden.

Die Arabellion hatte damit hier wie dort einen realen und die Realität transzendierenden Ort. Hier fand der Aufstand statt, und hier wurde er, wenn nicht als Revolution, so doch als kollektive Selbstermächtigung erfahren. Was sich hier vollzog, war ein Brückenschlag über verschiedenste soziale Gruppierungen hinweg, die massenhafte Verbrüderung einander Fremder, die Emergenz oder Selbstorganisation einer in Opposition zu den bewaffneten Kräften des Regimes wachsenden und gegen diese gerichteten kollektiven Handlungsmacht. Der Aufstand musste nicht friedlich bleiben, in dem Maße jedoch, in dem abschbar wurde dass selbst gewaltsame Angriffe von Polizei und gedungenen Schlägerbanden abgewehrt werden konnten und das Militär nicht auf Seiten des Regimes einschreiten würde, schwoll die Menge weiter an, wurde sie von Siegesgewissheit ergriffen und zum Laboratorium und Vorschein einer neuen, versöhnten Gesellschaft. Die Seltenheit derartiger kollektiver Erfahrungen darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass derartige Erfahrungen möglich sind.⁵⁵ Und die Selbstverstärkung des in diesem Falle friedlichen Protests darf nicht vergessen machen, dass Massenproteste, gerade insofern es sich um Massenproteste handelt, ebenso in Gewaltexzesse umschlagen können.⁵⁶ Dass die Proteste im Falle Tunesiens und Ägyptens weitgehend friedlich verlaufen würden, war nicht von vornherein klar, kann im Nachhinein jedoch aus der nationalen Identität der Demonstranten und ihrem gemeinsamen Ziel, ihren Präsidenten zu stürzen, der »Volksverbundenheit« des Militärs, ebenso aber dem rasanten Anschwellen der Proteste und der damit verbundenen Erfahrung einer massenhaft auch friedlich »vermögenden« Macht der Aufständischen heraus plausibel gemacht werden.⁵⁷ Doch so bedeutsam und geschichtsmächtig Akte einer solchen Selbstermächtigung sind, so sehr sie ein politisches Projekt und insbesondere den Versuch, politische Teilhabe zu institutionalisieren, beflügeln können, als solche, als »rohe Praxis«, sind sie nicht schon demokratisch.

Umgekehrt kann der »Nationalcharakter« der Bürgerkriegsstaaten zum Verständnis des Abgleitens derselben in eben diesen beitragen. Die Zivilgesellschaft war in Libyen und im Jemen weniger entwickelt als in Tunesien und Ägypten. Auch in Syrien wurde bürgerschaftliches Engagement für Themen wie Menschenrechte, Gleichberechtigung der Geschlechter oder und erst recht politische Reformen im engeren Sinne, wenn nicht von vornherein unterbunden, so doch weitaus stärker reglementiert als in den beiden nordafrikanischen Ländern.⁵⁸ Zwar muss

55 Reicher 2015.

56 Paul 2015; Collins 2015.

57 Della Porta 2014, S. 48-65.

58 Khatib 2013.

man der Fortexistenz säkular-zivilgesellschaftlicher syrischer Kräfte auch nach fünf Jahren Bürgerkrieg höchsten Respekt zollen,⁵⁹ gleichwohl blieb der anfängliche Protest des Jahres 2011 gegen das Assad-Regime von Anbeginn in einem doppelten Sinne versprengter als in den beiden Vorläufer- und Vorbild-Aufständen: Zum einen eroberte die Protestbewegung zu keinem Zeitpunkt Damaskus, wurden die Demonstrationen, die es auch in Damaskus gab, niemals zum Brennpunkt der Rebellion, die vielmehr von der südlichen Peripherie des Landes ausgehend eine Reihe regional vereinzelter Brandherde entfachte; zum anderen konkurrierten verschiedene Oppositionsgruppen im In- und Ausland um die Deutungshoheit und Führerschaft des Aufstands.⁶⁰

Tatsächlich sind die Gesellschaften der drei Bürgerkriegsländer ethnisch und konfessionell weitaus zerklüfteter als die der Nationalstaaten Tunesien und Ägypten. Im Jemen und, wie im Beitrag von Thomas Hüsken und Georg Klute dargestellt, in Libyen hat der postkoloniale Staat sich nie gegen tribale Strukturen und Loyalitäten durchsetzen können, sondern sich bestenfalls mit ihnen arrangiert und durch ihre Einbindung zu behaupten vermocht. Syrien hingegen, obwohl ein, was seine Grenzen anbelangt, kaum weniger willkürliches Gebilde, erschien über die Jahrzehnte der Unabhängigkeit hinweg als gesamtstaatlich weitgehend gefestigt. Zwar waren die Alawiten seit der Machtergreifung Hafiz al-Assads die – wohlge-merkt nach langen Zeiten der Drangsalierung und Verfolgung – herrschende oder wenigstens privilegierte Gruppe im Staate. Offen ausgetragene religiös oder ethnisch motivierte Konflikte gab es, abgesehen von (prinzipiell gesamt-)kurdischen Unabhängigkeitsbestrebungen allerdings keine. Ebenso wenig jedoch wie ethnische oder religiöse Unterschiede als solche Spannungen erzeugen müssen, sind oder bleiben sie irrelevant, sobald ursprünglich »rein« politische Auseinandersetzungen oder wirtschaftliche Verteilungskonflikte militarisiert werden und die Bevölkerung sich schon zum Zwecke des Selbstschutzes inner- oder substaatlichen oder eben vorstaatlichen Gruppen zuzurechnen hat. Auch wenn oder vielmehr »nur weil« ethnische oder religiöse Identitäten politisch instrumentalisiert oder gar konstruiert werden (können), sind sie, einmal aufgerufen, alles andere als irrelevant. Wird ein Mord von den Angehörigen des Opfers als ethnisch oder religiös motiviert aufgefasst, ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass diese sich als konfessionelle oder ethnische Gruppe zur Wehr setzen und damit eine Zuschreibung bestätigen, die bislang keine (besondere) Bedeutung besaß.⁶¹ »Gerechterweise« trifft die Vergeltung, sofern sie möglich ist und staatlicherseits nicht verhindert wird, in diesem Fall nicht unbedingt den Täter, sondern seine Glaubensbrüder oder »Stammesgenossen«. Eben diese Logik war und ist auch in Syrien am Werk, und konnte sich in Syrien, Libyen und dem Jemen leichter Bahn brechen, weil die jeweiligen Gesellschaften auf prägnantere Weise als in Tunesien oder Ägypten von sekundären oder latenten Bruchlinien durchzogen waren und sind. Dass die Arabellion in

59 Vgl. bspw. Daher 2016.

60 Hinnebusch 2012.

61 Rösel 1997.

diesen Ländern in den Bürgerkrieg abrutschte, war nicht zwingend, das von Peter Waldmann so genannte »Generalisierungsdilemma« aber trägt zum Verständnis ihrer Verstetigung, ja ihrer mit der Kriegsdauer zunehmenden Unlösbarkeit bei.⁶²

Ursächlich für den Ausbruch der Bürgerkriege war freilich das jeweilige Verhalten des Militärs.⁶³ Während die Armee in Tunesien und Ägypten nicht eindeutig zu den alten Machthabern hielt – in Tunesien spielte das Militär den polizeilichen und sonstigen Sicherheitskräften gegenüber eine politisch nachgeordnete Rolle; in Ägypten war es zwar Teil des Herrschaftsapparats stand jedoch in Kooperation zur Clique um den als künftigen Präsidenten gehandelten Jamal (amal) Mubarak – zerfiel die libysche Armee unmittelbar nach dem Sturz al-Qadhafi in konkurrierende Fraktionen, während das Militär sich in Syrien eindeutig auf die Seite Assads schlug (oder vielmehr wie der Sicherheitsapparat insgesamt mehr oder weniger mit dem Regime identisch war). Im Jemen konnte Salih 2011 zwar auf die Unterstützung durch die Armee zählen, das Regime wurde jedoch nicht allein durch Demonstrationen von Regimegegnern, sondern gleichfalls durch die bereits seit Jahren gegen die Regierung kämpfenden Huthi-Rebellen unter immer stärkerem Druck gesetzt. Deren nicht zuletzt durch Unterstützung aus dem Iran möglich gewordene Machtübernahme rief seinerseits Saudi-Arabien auf den Plan, das zugunsten der alten Eliten intervenierte. Der Konflikt hatte sich internationalisiert, ebenso wie in Syrien, wo bekanntlich längst nicht mehr nur syrische Aufständische dem Assad-Regime die Stirn bieten. Vielmehr tobt auf syrischem Territorium seit Jahren ein grausamer, längst internationalisierter Krieg, in dem sich verschiedenste Konfliktlinien überlagern: Sehr viel vehementer als im Jemen ringen Saudi-Arabien und Iran um die regionale Dominanz, Russland macht auf Seiten Assads imperiale Ansprüche geltend, die Türkei versucht, die Entstehung eines kurdischen Staates zu verhindern, und diverse, wie Guido Steinberg in seinem Beitrag darlegt, untereinander bitter verfeindete dschihadistische Gruppierungen, allen voran der Islamische Staat und al-Qa'ida, kämpfen um den rechten Weg zur Theokratie. Die Ziele der Arabellion, ein Ende der politischen Repression, eine gerechtere Verteilung des nationalen Wohlstands und Rechenschaft des politischen Personals sind in Strömen von Blut ertränkt worden und in weite Ferne gerückt. Die Bevölkerung Syriens, aber auch Libyens und des Jemen ist längst zur Geisel einer ganzen Reihe von regionalen Warlords einerseits und weltpolitischen Strategen andererseits geworden, für die das Wohlergehen, ja das Überleben der Menschen eine der eigenen Selbstbehauptung oder dem »Endsieg« gegenüber nachgeordnete Rolle spielt. Was für die Mehrzahl der Einwohner in diesen Ländern darum vor aller Neugestaltung der politischen Verhältnisse zählt, ist die Rückkehr von Frieden, Sicherheit und Ordnung. Für dieses Ziel dürften die meisten bis auf weiteres erneut politische Unfreiheit und sozioökonomische Ungleichheit in Kauf zu nehmen bereit sein. Was am Ende – und am Anfang – zählt, ist Ordnung an sich oder bare Legitimität. Im Vergleich zu dem Verlauf, den die Arabellion in den Bürgerkriegsländern genommen hat, erscheinen die Verhältnis-

62 Waldmann 2003, S. 215-219.

63 Silverman 2012.

se, selbst dort, wo sie sich nicht oder nur unmerklich zum Besseren gewendet haben, wie in Marokko oder Jordanien, geradezu rosig. Selbst das Scheitern der Arabellion in Ägypten muss vor diesem Hintergrund relativiert werden.

Warum aber ist die Arabellion in Ägypten gescheitert? Die einfache Antwort lautet natürlich, weil das Militär sich an die Macht geputscht hat. Doch wer wollte behaupten, dass die Arabellion unter einer fortgesetzten Präsidentschaft Mursis ein Erfolg geworden wäre? Waren es nicht auch die ungelösten (und vielleicht auch in Tunesien nur vorläufig gelösten) Spannungen zwischen den islamistischen und säkularen Parteien und Strömungen, die es der Armee leichtgemacht haben, die Macht an sich zu reißen und sich gar als Retterin der Revolution zu inszenieren? Immerhin hat sich al-Sisi, der symbolisch-expressiven Dimension von Legitimität offenbar wohl bewusst, nach dem Putsch und der brutalen Ausschaltung der Parteigänger Mursis in allgemeinen, wenn auch unfreien und von der »postrevolutionären« Opposition boykottierten Wahlen vom Volk bestätigen lassen.⁶⁴ Sind diese Geschehnisse eventuell ein Indiz dafür, dass nicht nur der faktische Verlauf, sondern auch der Einsatz, der in der Arabellion wenigstens in Ägypten auf dem Spiel stand, diese eben als Rebellion und nicht als Revolution qualifizieren?

Wie Cilja Harders in ihrem Beitrag zeigt, gehen die sozialstrukturellen Wandlungsprozesse, welche die Arabellion vorbereitet haben, weiter. Wie könnte es auch anders sein? Wodurch sollten die ins Rutschen gekommenen Klassen-, Generationen- und Geschlechterbeziehungen restabilisiert worden sein? Die zunehmende und als solche wahrgenommene sozioökonomische Ungleichheit, die von den Arbeitsverhältnissen längst schon erwirkte und, wie Annette Jünemann in diesem Band aufzeigt, auch »ideologisch« eingeforderte Emanzipation der Frauen sowie die Autonomie- und Partizipationsansprüche der Jugend sind und bleiben Herausforderungen, die nicht verschwinden, »nur« weil politisch der Status quo ante wiederhergestellt worden ist. Jede Regierung wird sich über kurz oder lang daran messen lassen müssen, dass und wie sie diesen Wandel moderiert. Harders bringt dies auf die Formel, die gesellschaftliche Transformation würde letztlich eine politische Transition erzwingen,⁶⁵ selbst wenn diese anders als auf lokaler Ebene, wo die Menschen die Gestaltung der öffentlichen Ordnung auch gegen staatliche Stellen heute schon in die eigene Hand nehmen, auf nationaler Ebene vorerst ausgeblieben ist. Dem wird man zustimmen können, doch die Frage bleibt, worin genau der politische Wandel bestehen soll, um diesen Herausforderungen zu begegnen.

Gewiss, die Aufständischen verlangten auch nach Freiheit. Aber was für eine Art von Freiheit war oder ist damit gemeint? Ging es »den Ägyptern« oder »der Arabellion« über die Forderung nach einem Ende der Gängelung und Repression hinaus um Demokratie oder Volkssouveränität? Es stimmt, die Aufständischen der ersten Tage und Wochen kämpften nicht für die Errichtung einer theokratischen Ordnung; von den Islamisten gekapert wurde der Aufstand in Ägypten erst mit und nach der Wahl Mursis. Dennoch scheint mir, dass in der Arabellion eben-

64 Vgl. Demmelhuber 2014.

65 Harders 2009.

so wenig für Demokratie im engeren Sinne gestritten wurde. Zwar wurde das Regime dafür bezichtigt, für die substantielle Verschlechterung der Lebensbedingungen weiter Kreise der Bevölkerung verantwortlich zu sein, auch wurde von dem Regime, seinem Apparat und seinen Schergen Rechenschaft verlangt. Doch war für die oder wenigstens eine vernehmliche Gruppe der Aufständischen die Forderung nach einem Wechsel des Herrschaftsprinzips tatsächlich zentral? Ging es ihnen wesentlich um die »demokratische Richtigstellung« legitimatorischer Fragen, das heißt um die Abschaffung traditionaler respektive patrimonialer zugunsten demokratischer Herrschaft? Mit dieser Frage ist wohlgemerkt nicht präjudiziert, wie das demokratische Prinzip der Volkssouveränität praktisch oder institutionell ausgestaltet werden muss, so als ob es nur einen Weg nach Rom gäbe. Gemeint ist vielmehr, dass die sicher auch politischen Ansprüche der Aufständischen zumindest in der Phase der eigentlichen Erhebung eigentümlich unartikuliert oder unscharf blieben und selbst in der späteren Auseinandersetzung der säkularen mit den islamistischen Kräften »nur« oder wenigstens in der Hauptsache um konkrete Machtfragen, nicht aber die ideellen Ressourcen der Macht gerungen wurde.⁶⁶ Tatsächlich ist die fehlende oder zumindest schwache »Ideologizität« eines der besonderen Kennzeichen der Arabellion.⁶⁷ Ob dies ein nach dem Scheitern des postkolonialen Befreiungsnationalismus, des arabischen Sozialismus, des Islamismus sowohl in seiner saudischen als auch in seiner persischen Variante sowie der wirtschaftsliberalen Versprechen der jüngeren Vergangenheit positives Zeichen ist oder umgekehrt ein Mangel, wird die Zukunft entscheiden. Revolutionstheoretisch auffällig ist jedenfalls, dass die normative Frage, im Namen welcher Idee eine zukünftige politische Ordnung gerechtfertigt und eingerichtet werden solle, vor und während der Aufstände nicht nur ungelöst, sondern weitgehend unaufgeworfen blieb.⁶⁸

Flankieren möchte ich dieses Indiz für den meines Erachtens nur eingeschränkt revolutionären Charakter der Arabellion durch eine zweite Beobachtung. Der für das Verständnis der arabischen Regime grundlegende autoritäre Gesellschaftsvertrag wurde zwar von den Herrschenden gebrochen; sie waren schon ab Ende der 1980er Jahre nicht länger willens oder in der Lage, sich gegen wohlfahrtsstaatliche Leistungen Loyalität oder wenigstens Duldung zu erkaufen. Es brauchte je-

66 Nach Ansicht von Olivier Roy (2012) spricht paradoxerweise gerade die Pluralisierung von islamistischen Ordnungsentwürfen dafür, dass ihre jeweiligen Verfechter Spielregeln und Institutionen der politischen Konkurrenz akzeptieren und damit wie auch immer unfreiwillig dem politischen Pluralismus und sogar der Demokratie Vorschub leisten werden. Der tunesische Fall und insbesondere die Mäßigung der Ennahda unter Rachid al-Ghannouchi sprechen sicherlich für eine derartige Deutung. Die Politik der Muslimbrüder nach dem Wahlsieg Mursis hat hingegen nicht nur das ägyptische Militär um seine Pfründe fürchten lassen und schließlich zum Putsch veranlasst, sondern auch die säkulare Opposition in ihrer politischen Handlungsfreiheit beschnitten.

67 Bayat 2013.

68 Die Überlegungen auch arabischer Intellektueller über die Zukunft des arabischen Staates (z.B. Hashemi 2009) haben in der arabischen Welt im Allgemeinen und der Arabellion im Besonderen nur wenig politische Durchschlagskraft entfaltet.

doch Zeit, bis dieser Vertragsbruch für alle offenkundig wurde und ein einzelner Funke die gesamte Region in Brand stecken konnte. Doch wollten die Aufständischen, will eine Mehrheit der Menschen in Ägypten und anderswo diesen Gesellschaftsvertrag tatsächlich aufkündigen und nicht vielmehr erneuern? Weder die zunehmende Informalisierung dieses Paktes noch die weit verbreitete und unvermeidliche sogenannte kleine Korruption, noch der strukturelle Tribalismus sind dazu angetan, bei den Staatsbürgern eine, wenn vielleicht auch nicht gemeinwohl-, so doch an prinzipiell verallgemeinerungsfähigen Positionen orientierte politische Haltung auszubilden.⁶⁹ Der persönliche, vertikale, von asymmetrischer Reziprozität geprägte Charakter patrimonialer beziehungsweise klientelistischer Herrschaftsordnungen steht sowohl einer bürokratischen, regeltreuen oder gar rechtsstaatlichen Verwaltung eines politischen Verbandes ohne Ansehen der Person als auch der Solidarisierung der Herrschaftsunterworfenen oder wenigstens der Herausbildung und Artikulation horizontaler Klasseninteressen prinzipiell im Wege. Letzteres aber, der von persönlichen Loyalitäten freie, dafür jedoch von individuellen Interessen geleitete beziehungsweise der Stellung der einzelnen Bürger im und zum Klassen- oder Schichtengefüge einer Gesellschaft geprägte Zusammenschluss, ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass Demokratie und das heißt eine freie Bestimmung oder gar Wahl der Herrscher durch die Beherrschten überhaupt möglich wird. Bei aller Lebhaftigkeit der Zivilgesellschaft oder vielmehr der Stärke einer ganzen Reihe von zivilgesellschaftlichen Akteuren, sind die ägyptische und allgemeiner die Gesellschaften der von der Arabellion betroffenen Länder keine bürgerlichen, zur ökonomisch fundierten Selbstbehauptung dem Staat gegenüber fähigen Gesellschaften.

Ich höre schon, dass man mir vorwerfen wird, ich stülpte den arabischen Gesellschaften ein aus der europäischen Erfahrung abgeleitetes Skript über – verzeihlich vielleicht, weil ich von der arabischen Welt im Grunde zu wenig verstehe, unverzeihlich aber, insofern es viele gleichberechtigte Wege in die Moderne gebe und Europa(s Intellektuelle) aufhören sollte(n), »dem Rest« der Welt Vorschriften zu machen. Doch was ich tue, ist lediglich, vor dem Hintergrund des *europäischen Sonderwegs* und das heißt einer Konstellation, in der kriegführende und finanzschwache Fürsten ihrer städtischen, wirtschaftlich selbständigen und kommunal teilautonomen Bürgerschaft, um Steuern und Kredite zu erhalten, politische Parti-

69 Owen 2012, S. 153-171. Die Informalisierung des Sozialpaktes meint die Substitution von formellen Ansprüchen der Bevölkerung auf Lebensmittel- und Energiesubventionen, Arbeit, Bildung oder Wohnraum durch die informelle Duldung von Rechtsverstößen und insbesondere der privaten Aneignung öffentlicher Güter auch durch gewöhnliche Bürger. Die kleine Korruption bezeichnet den alltäglichen und allgegenwärtigen (Ver-)Kauf von Anrechten und Entscheidungen, die eigentlich unentgeltlich gewährt und getroffen werden müssten. Und der strukturelle Tribalismus schließlich ist eine Chiffre für die angesichts der Käuflichkeit von Amtsträgern und Leistungsmonopolisten wie der strukturellen Schwäche (auch) des arabischen Staates unausweichliche und selbstverständliche Bevorzugung der ethnischen, religiösen, familialen oder auch politischen Eigengruppe.

zipationsrechte einräumen mussten,⁷⁰ einer Konstellation, die im Schlachtruf der amerikanischen Revolutionäre »*no taxation without representation*« ihren emblematischen Ausdruck gefunden hat, die Chancen abzuschätzen, dass es zwischen den Autokraten der arabischen Welt und »ihren« Bevölkerungen zu einem ähnlichen, an sich noch nicht demokratischen, aber demokratieförderlichen Kompromiss oder auch »Gesellschaftsvertrag« kommt. Und die halte ich auch nach der Arabellion und trotz der Fortdauer der sie befeuernden sozioökonomischen Probleme für gering. Der »arabische«, auch der arabische und in Wahrheit für weite Weltregionen wie »zum Beispiel« das subsaharische Afrika⁷¹ geltende und, wie mir scheint, weder ideologisch herausgeforderte noch sozialstrukturell in Frage gestellte Sozialvertrag lautet nicht darauf, dass die Bürger zahlen und der Staat ihnen dafür (Freiheits-)Rechte gewährt, sondern umgekehrt, dass die Herrscher ihre Klienten alimentieren und diese dafür auf politische Freiheit verzichten. Was die Arabellion in Frage gestellt zu haben scheint, das sind die Bedingungen oder die Ausführungsbestimmungen dieses Vertrages, ist nicht aber der Vertrag selbst. Für den Fortgang der Ereignisse, den naturgemäß niemand kennen kann, heißt dies in der Tat, dass die arabische Welt ihren Weg zur Demokratie, wenn sie denn zur Demokratie finden will, erst noch finden muss.

Wenn ich gleichwohl zögere, ja, zögern muss, »die« Arabellion rundheraus für gescheitert zu erklären, dann deshalb, weil man eines Tages vielleicht, nicht irgendwann in ferner Zukunft, sondern »schon« mittelfristig, in zehn, 20 oder 50 Jahren, wird sagen können, dass sie kurzfristig zwar durch Pseudoreformen, erneute Repression, Coups und nicht zuletzt Bürgerkriege erstickt worden ist, aber dennoch als Beginn einer politischen Revolution, einer grundstürzenden Veränderung der politischen Verfassung der (oder wenigstens einer Reihe von) Staaten der MENA-Region, aufgefasst werden muss. Dass der Sturm auf die Bastille eines Tages als Auftakt einer großen und erfolgreichen Revolution gefeiert werden würde, war 1794 angesichts ihrer Schrecken und Rückschläge schließlich auch noch nicht absehbar. Wie die Geschichte weitergeht, ist unbekannt, und je weiter wir in die Zukunft ausgreifen, desto ungewisser werden unsere Prognosen. Was sich durch die Brille einer historisch gesättigten Revolutionstheorie betrachtet jedoch heute schon sagen lässt und was ich vorstehend zu zeigen versucht habe, ist, dass die Arabellion bisher zwar insofern den Verlauf einer typischen Revolution wiederholt, als erst die symbolisch-expressive Artikulation einer bereits länger schwelenden performativen Krise diese zu einer des politischen Systems zuspitzt, die Forderungen gerade der politisch säkularen Aufständischen jedoch deutlich »nur« auf die Ablösung der Herrschaftspersonals – *Irhal!* –, nicht aber auf die Substitution des Herrschaftsprinzips selbst zielen. Die normative Frage, in wessen Namen, dem Gottes oder des Volkes, zukünftig geherrscht werden soll, wurde und wird für »alle« vernehmlich im Grunde nur von den religiösen Fundamentalisten gestellt. Diese normative »Schwäche« der säkularen Opposition ist selbstverständlich kein persönlich zu adressierender Vorwurf. Gescheitert ist die Arabellion (vorerst)

70 Tilly 1994; Reinhard 1996.

71 Chabal/Daloz 1999.

nicht deshalb, weil den Aufständischen das »richtige Bewusstsein« gefehlt hätte, sondern weil die alten Mächte sich behaupten konnten und Bürgerkriege politische Verfassungsfragen überlagert haben. Der Arabellion fehlte schlichtweg die Zeit, zur Revolution zu reifen. Ohne eine Klärung oder wenigstens Thematisierung des besagten Streits der Legitimitäten ist auf einen Sieg der arabischen Revolution, auf den meine Kollegen und ich vor mittlerweile mehr als fünf Jahren etwas voreilig anstießen, allerdings auch in Zukunft kaum zu hoffen.

Literatur

- Abulof, Uriel 2015. »Can't Buy Me Legitimacy. The Elusive Stability of Mideast Rentier Regimes«, in: *Journal of International Relations and Development*, Februar 2015.
- Anderson, Lisa 2011. »Demystifying the Arab Spring. Parsing the Differences Between Tunisia, Egypt, and Libya«, in: *Foreign Affairs*, 90 (3), S. 2-7.
- ASDA'A Burson-Marsteller 2016. *Inside the Hearts and Minds of Arab Youth. 8th Annual Arab Youth Survey*. URL: arabyouthsurvey.com/uploads/whitepaper/2016-AYS-White-Paper-EN_12042016100316.pdf [06.12.2016].
- Bach, Daniel C.; Gazibo, Mamoudou 2012. *Neopatrimonialism in Africa and Beyond*. London: Routledge.
- Bayat, Asef 2010. *Life as Politics. How Ordinary People Change The Middle East*. California: Stanford University Press.
- Bayat, Asef 2013. »The Arab Spring and Its Surprises«, in: *Development and Change*, 44 (3), S. 587-601.
- Beblawi, Hazem 1987. »The Rentier State and the Arab World«, in: *Arab Studies Quarterly*, 9 (4), S. 383-399.
- Beetham, David 2013. *The Legitimation of Power*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Beinin, Joel 2009. »Workers' Protest in Egypt. Neo-Liberalism and Class Struggle in 21st Century«, in: *Social Movement Studies*, 8 (4), S. 449-454.
- Bennett, Lance W.; Segerberg, Alexandra 2012. »The Logic of Connective Action«, in: *Information, Communication and Society*, 15 (4), S. 739-768.
- Cammett, Melani; Diwan, Ishac 2013. »Conclusion«, in: *A Political Economy of the Middle East*, hrsg. v. Richards, Alan; Waterbury, John. Boulder: Westview Press, S. 407-437.
- Chabal, Patrick; Daloz, Jean-Pascal 1999. *Africa Works. Disorder as Political Instrument*. London: International African Institute.
- Collins, Randall 2015: »Vorwärtspaniken«, in: *Gewaltmassen. Über Eigendynamik und Selbstorganisation kollektiver Gewalt*, hrsg. v. Paul, Axel T.; Shwalb, Benjamin. Hamburg: Hamburger Edition, S. 204-230.
- Daher, Joseph 2016. »Peace in Syria: Without Assad« in: *Syria Freedom Forever*, 24. Oktober, URL: syriafreedomforever.wordpress.com/2016/10/24/peace-in-syria-without-a-sad/ [06.12.16].
- Daoud, Kamel 2016. »Das sexuelle Elend der arabischen Welt«, in: FAZ, 29. August.
- Davies, James C. 1973. »Eine Theorie der Revolution«, in: *Empirische Revolutionsforschung*, hrsg. v. Beyme, Klaus von. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 185-204.
- Della Porta, Donatella 2014. *Mobilizing for Democracy. Comparing 1989 and 2011*. Oxford: Oxford University Press.
- Demmelhuber, Thomas 2014. »Kann ein Putsch demokratisch sein? Normativer Etikettenschwindel in Ägypten«, in: *Zeitschrift für Politik*, 61 (1), S. 42-60.
- Derichs, Claudia; Demmelhuber, Thomas 2014. »Monarchies and Republics, State and Regime, Durability and Fragility in View of the Arab Spring«, in: *Journal of Arabian Studies*, 4 (2), S. 180-194.
- Desai, Raj M.; Olofsgård, Anders; Yousef, Tarik M. 2009. »The Logic of Authoritarian Bargains«, in: *Economics & Politics*, 21 (1), S. 93-125.

- Peteet, Julie; Joseph, Suad; Davis, Eric; Makdissi, Ussama 2008. »How Useful has the Concept of Sectarianism been for Understanding the History, Society, and Politics of the Middle East?« [Diskussionsforum], in: *International Journal of Middle East Studies*, 40 (4), S. 550-560.
- Eisenstadt, Shmuel N. 1973. *Traditional Patrimonialism and Modern Neopatrimonialism*. Beverly Hills: Sage Publications.
- El Feki, Shereen 2013. *Sex und die Zitadelle. Liebesleben in der sich wandelnden arabischen Welt*. Berlin: Hanser.
- Elwert, Georg 1997. »Gewaltmärkte. Beobachtungen zur Zweckrationalität der Gewalt«, in: *Soziologie der Gewalt*, hrsg. v. Trotha, Trutz von. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 86-101.
- Gause III, F. Gregory 2011. »Why the Middle East Studies Missed the Arab Spring«, in: *Foreign Affairs*, 90 (4), S. 81-90.
- Goldstone, Jack A. 2011. »Understanding the Revolutions of 2011«, in: *Foreign Affairs*, 90 (3), S. 8-16.
- Grimm, Janis 2015. »Eine Schwalbe macht noch keinen Frühling. Die arabischen Umbrüche in der politikwissenschaftlichen Literatur«, in: *Zeitschrift für vergleichende Politikwissenschaft*, 9 (1), S. 97-118.
- Harders, Cilja 2009. »Politik von unten – Perspektiven auf den autoritären Staat Ägypten«, in: *Der Nahe Osten im Umbruch. Zwischen Transformation und Autoritarismus*, hrsg. v. Beck, Martin; Harders, Cilja; Jünemann, Annette; Stetter, Stephan. Wiesbaden: Springer VS, S. 299-324.
- Hashemi, Nader 2009. *Islam, Secularism and Liberal Democracy. Toward a Democratic Theory for Muslim Societies*. Oxford: Oxford University Press.
- Heinsohn, Gunnar 2011. *Bruderkriegsindex der arabischen Aufstände*. URL: achgut.com/artikel/bruderkriegsindex_der_arabischen_aufstaende/ [06.12.16].
- Hinnebusch, Raymund 2012. »Syria: From »Authoritarian Upgrading« to Revolution?«, in: *International Affairs*, 88 (1), S. 95-113.
- Ingold, Ingmar 2016. *Vom Anfang und Ende der Revolution. Eine legitimitätstheoretische Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung der Revolutionen in Mexiko, China und Iran*. Baden-Baden: Nomos.
- Ingold, Ingmar; Paul, Axel T. 2014. »Multiple Legitimitäten. Zur Systematik des Legitimitätsbegriffs«, in: *Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie*, 100 (2), S. 243-262.
- Jünemann, Annette; Zorob, Anja (Hrsg.) 2013. *Arabellions. Zur Vielfalt von Protest und Revolte im Nahen Osten und Nordafrika*. Wiesbaden: Springer VS.
- Kalyvas, Stathis N. 2003. »The Ontology of »Political Violence«. Action and Identity in Civil Wars«, in: *Perspectives on Politics*, 1 (3), S. 475-494.
- Khatib, Line 2013. »Syria's Civil Society as a Tool for Regime Legitimacy«, in: *Civil Society in Syria and Iran. Activism in Authoritarian Contexts*, hrsg. v. Aarts, Paul; Cavatorta, Francesco. Boulder: Lynne Rienner, S. 19-38.
- Koselleck, Reinhart 1979. »Erfahrungsraum« und »Erwartungshorizont« – zwei historische Kategorien«, in: *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 349-375.
- Lynch, Marc 2005. *Voices of the New Arab Public. Iraq, Al-Jazeera, and Middle East Politics Today*. New York: Columbia University Press.
- Marx, Karl (1844/1988): Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. In: Ders., Friedrich Engels: Werke, Bd. 1. Berlin: Dietz, S. 378-391.
- Murphy, Emma C. 2012. »Problematising Arab Youth. Generational Narratives of Systemic Failure«, in: *Mediterranean Politics*, 17 (1), S. 5-22.
- Noueïhed, Lina; Warren, Alex 2012. *The Battle for the Arab Spring. Revolution, Counter-Revolution and the Making of a New Era*. New Haven: Yale University Press.
- Owen, Roger 2012. *The Rise and Fall of Arab Presidents for Life*. Cambridge: Harvard University Press.
- Paul, Axel T. 2015. »Masse und Gewalt«, in: *Gewaltmassen. Über Eigendynamik und Selbstorganisation kollektiver Gewalt*, hrsg. v. Paul, Axel T.; Schwalb, Benjamin. Hamburg: Hamburger Edition, S. 19-49.

- Pawelka, Peter 2002. »Der Staat im Vorderen Orient. Über die Demokratie-Resistenz einer globalisierten Welt«, in: *Leviathan*, 30 (4), S. 431-454.
- Popitz, Heinrich 1992. *Phänomene der Macht*. Tübingen: Mohr.
- Reicher, tephen (2015): »Tanz in den Flammen«. Das Handeln der Menge und der Quell ihrer Freude«, in: *Gewaltmassen. Über Eigendynamik und Selbstorganisation kollektiver Gewalt*, hrsg. v. Paul, Axel T.; Schwalb, Benjamin. Hamburg: Hamburger Edition, S. 175-203.
- Reinhard, Wolfgang 1996. »Power Elites, State Servants, Ruling Class and the Growth of State Power«, in: *Power Elites and State Building*. Oxford: Clarendon Press, S. 1-18.
- Richards, Alan; Waterbury, John 2013. *A Political Economy of the Middle East*. Boulder: Westview.
- Rösel, Jakob 1997. »Vom ethnischen Antagonismus zum ethnischen Bürgerkrieg. Antagonismus, Erinnerung und Gewalt in ethnischen Konflikten«, in: *Soziologie der Gewalt*, hrsg. v. Trotha, Trutz von. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 162-182.
- Roy, Olivier: »The Transformation of the Arab World«, in: *Journal of Democracy*, 23 (3), S. 5-8.
- Sadiki, Larbi (Hrsg.) 2015. *Handbook of the Arab Spring. Rethinking Democratization*. London: Routledge.
- Scharpf, Fritz 1999. *Governing in Europe. Effective And Democratic?* Oxford: Oxford University Press.
- Schlumberger, Oliver 2008. *Autoritarismus in der arabischen Welt. Ursachen, Trends und internationale Demokratieförderung*. Baden-Baden: Nomos.
- Schneiders, Thorsten G. (Hrsg.) 2013. *Der Arabische Frühling. Hintergründe und Analysen*. Wiesbaden: Springer VS.
- Schulze, Reinhard 2013. »Irbal – »Hau ab«. Auf den Wegen zur arabischen Revolte 2011«, in: *Der Arabische Frühling. Hintergründe und Analysen*, hrsg. v. Schneiders, Thorsten G. Wiesbaden: Springer VS, S. 17-32.
- Scott, James C. 1990. *Domination and the Arts of Resistance. Hidden Transcripts*. New Haven: Yale University Press.
- Silverman, Daniel 2012. »The Arab Military in the Arab Spring: Agent of Continuity of Change? A Comparative Analysis of Tunisia, Egypt, Libya, and Syria«, in: *APSA 2012 Annual Meeting Paper*, 16. Juli, URL: polisci.osu.edu/sites/polisci.osu.edu/files/Silverman%20CPRW%202012.pdf [06.12.16].
- Simmel, Georg 1908. *Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung*. Leipzig: Duncker & Humblot.
- Tamer, Georges; Röbbelen, Hanna; Lintl, Peter (Hr g.) 2014. *Arabischer Aufbruch. Interdisziplinäre Studien zur Einordnung eines zeitgeschichtlichen Phänomens*. Baden-Baden: Nomos.
- Tilly, Charles 1994. »Entanglement of European Cities and States«, in: *Cities and the Rise of States in Europe, A.D. 1000 to 1800*, hrsg. v. Tilly, Charles· Blockmans, Wim P. Boulder: Westview Press, S. 17-22.
- Trotha, Trutz von 1994. »Streng, aber gerecht – »hart, aber tüchtig«. Über Formen von Basislegitimität und ihre Ausprägungen am Beginn taatlicher Herrschaft«, in: *Legitimation von Herrschaft und Recht* hrsg. v. Möhlig, Wilhelm J.G.; Trotha, Trutz von. Köln: Köppe, S. 69-90.
- Waldmann, Peter 1995. »Gesellschaften im Bürgerkrieg. Zur Eigendynamik entfesselter Gewalt«, in: *Zeitschrift für Politik*, 42 (4), S. 343-368.
- Waldmann, Peter 2003. *Terrorismus und Bürgerkrieg. Der Staat in Bedrängnis*. München: Gerling.
- Wedeen, Lisa 1999. *Ambiguities of Domination. Politics, Rhetoric, and Symbols in Contemporary yria*. Chicago: University of Chicago Press.
- Weipert-Fenner, Irene 2014. »Neue Akteure, neue Prozesse – alles beim Alten? Über den schwierigen Umgang mit der Ambivalenz der arabischen Transformationsprozesse«, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 55 (1), S. 145-167.
- Yom, Sean L.; Gause III, F. Gregory 2012. »Resilient Royals. How Arab Monarchies Hang On«, in: *Journal of Democracy*, 23 (4), S. 74-88.

- Zhao, Dingxin 2009. »The Mandate of Heaven and Performance Legitimation in Historical and Contemporary China«, in: *American Behavioral Scientist*, 53 (3), S. 41-43.
- Zimmerman, Eckart 2012. »Makrogewalt. Rebellion Revolution Krieg, Genozid«, in: *Handbuch soziale Probleme*, hrsg. v. Albrecht, Günter. Wiesbaden: Springer VS, S. 861-885.
- Zorob, Anja 2013. »Der Zusammenbruch des autoritären Gesellschaftsvertrages. Sozio-ökonomische Hintergründe der arabischen Proteste« in: *Arabellions. Zur Vielfalt von Protest und Revolte im Nahen Osten und Nordafrika*, hrsg. v. Jünemann, Annette, Zorob, Anja. Wiesbaden: Springer VS, S. 229-256.

Zusammenfassung: Ausgehend von einem mehrdimensionalen Konzept von Legitimität skizziert der Artikel eine (Verlaufs-)Theorie der Revolution, als deren Kern ein Wechsel der normativen Grundlagen der politischen Ordnung identifiziert wird. Die Theorie wird in Anschlag gebracht, um die Vorgeschichte und die Dynamik der Aufstände in der Arabischen Welt zu rekapitulieren, die, bislang zumindest, besser als Rebellionen denn als (gescheiterte) Revolution aufgefasst werden sollten.

Stichworte: Arabischer Frühling, Rebellion, Revolution, Revolutionstheorie, neopatrimoniale Herrschaft

Arab Uprisings. From the Awakening to the Collapse of a Region?

Summary: Based on a multidimensional concept of legitimacy, the paper outlines a (processual) theory of revolution, arguing that, to speak of such an event, there needs to be a change of the normative core of the political order. The theory is then applied to the pre-history and the course of the upheavals of the Arab world, which, at least so far, should rather be understood as a series of rebellions than as a (failed) revolution.

Keywords: Arab Spring, rebellion, revolution, theory of revolution, neopatrimonialism

Autor

Prof. Dr. Axel T. Paul
Universität Basel
Seminar für Soziologie
Petersgraben 27
CH-4051 Basel
axel.paul@unibas.ch